

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle andern 30 Pf. pro
3gepaltene Zeile

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 21 :. 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 :. Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 27. Mai 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands! — Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Die Ursachen und treibenden Kräfte der Entwicklung. — Einiges aus der deutschen Krankenversicherung. — Der Amerikaner und die Arbeit. — Aus dem Industriebezirk Offenbach. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Genossenschaftliches. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Expedition. — Bücherchau. — Sterbetafel. — Verammlungsstamder. — Anzeigen.

Für die Woche vom 29. Mai bis 4. Juni ist der 22. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger wie fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Breslau. Die Treibriemensattler stehen noch in einigen Betrieben in der Lohnbewegung.
Wrieg (Bez. Breslau). Die Kollegen der Militärreifeffektenfabrik der Firma Schneider stehen im Ausstand.

Dresden. Die Bewegung der Treibriemensattler ist mit Erfolg beendet; die Geschirrsattler stehen noch in Verhandlungen.

Leipzig. Wegen allgemeiner Lohnbewegung ist unser Ort streng zu meiden. 100 Kollegen stehen noch im Streik.

München. Die Reifeeffektensattler stehen in einer Lohnbewegung, unser Ort ist daher zu meiden.

Kemscheid. Die Treibriemensattler der Firma Grosse haben die Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Ausland.

Schweiz.

Basel. Der hiesige Platz ist für Sattler aller Branchen gesperrt und daher streng zu meiden.

Argentinien. Der Zugang von Wagensattlern nach Buenos Aires ist unbedingt fernzuhalten.

Von allen den vorgenannten Orten ist der Zugang streng fernzuhalten.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Die Ausperrung der hausgewerblichen Arbeiter ist nunmehr in die sechste Woche eingetreten, ohne daß die Beendigung abzusehen ist. Es werden in der Tagespresse fortwährend Mitteilungen und Gerüchte verbreitet, die den Kampf als einen bereits im Abflauen begriffenen bezeichnen und das nahe

Ende desselben in Aussicht stellen. Diese Mitteilungen sind durchaus irreführend und dürfen keineswegs als Veranlassung dazu benutzt werden, in der Solidarität gegenüber den Ausgesperrten zu erlahmen. Wenn die Ausperrung auch weit hinter dem vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erwarteten Umfang zurückgeblieben ist, und sich große Unzufriedenheit in den Arbeiterkreisen zeigt, so ist doch die Zahl der Ausgesperrten mit ihren Familien eine so außerordentlich große, daß die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft ihnen nicht entzogen werden darf. Auch die Dauer des Kampfes dürfte voraussichtlich eine längere sein. — daran vermögen vorläufig alle gelegentlichen Vermittlungsaktionen und Friedenswünsche fernstehender Kreise nicht das geringste zu ändern, solange die Bauarbeitgeber nicht selbst ihre unerfüllbaren Forderungen zurückziehen und den Arbeiterorganisationen entgegenkommen beweisen.

Mit einer längeren Dauer der Ausperrung in erheblichem Umfange ist also unter allen Umständen zu rechnen. Angesichts dieser ernsten Situation müssen wir die deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von neuem zu tatkräftigster finanzieller Unterstützung der Ausgesperrten und ihrer Familien aufrufen. Die Sammlungen dürfen nicht mit vermindertem Eifer betrieben werden und ihre Erträge nicht nachlassen, sondern sie müssen nach Möglichkeit gesteigert werden, denn von den finanziellen Mitteln hängt die Dauer der Widerstandsfähigkeit der Ausgesperrten und damit auch ihr schließlich Sieg in diesem Kampfe ab, den jeder organisierte Arbeiter herbeiwünschen muß.

Hinsichtlich der Organisation der Sammlungen, der Ablieferung der Gelder und der Mittlerung der eingegangenen Beträge verweisen wir auf unseren ersten Aufruf.

Möge die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands zeigen, daß die ausgesperrten hausgewerblichen Arbeiter auf ihre Unterstützung rechnen können!

Die Generalkommission der Gewerkschaften
Deutschlands.
C. Legien.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908.

Etwas zeitiger als in den Vorjahren konnte der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentrale, Genosse Legien, seinen sechsten Bericht, der das Jahr 1908 umfaßt, herausgeben. Die vielfach geäußerten Wünsche, den Bericht noch wesentlich zeitiger erscheinen zu lassen, da er so an Aktualität einbüßt, können nicht erfüllt werden; Ende März dieses Jahres ist erst der letzte Bericht

beim Sekretär eingegangen und trotz der Vorsorge einer sofortigen Uebersehung bedarf die Fertigstellung dieses 16 Druckseiten umfassenden Berichtes doch noch einige Wochen Zeit.

Der Bericht repräsentiert sich uns in vollkommener Form. Alle 19, dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder haben diesmal Berichte eingesandt. In dieser internationalen Gewerkschaftsübersicht fehlen nur noch die Angaben von Rumänien, Rußland, Argentinien, Brasilien, Australien und Japan; Länder, in denen mehr oder weniger entwickelte gewerkschaftliche Bewegungen vorhanden sind.

Nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere industrielle Länder hatten unter der Krise des Jahres 1908 zu leiden. Demzufolge weisen die meisten Länder einen Mitgliederrückgang auf. Eine nennenswerte Zunahme an Mitgliedern ist nur in England zu verzeichnen. Ungarn hatte einen beträchtlichen Rückgang der Mitgliederzahl, der zum großen Teil auf die Landarbeiterorganisation entfällt, deren Mitgliederzahl von 11 838 auf 8563 sank; zudem kommt ein Verlust von 31 700 Mitgliedern, den die Gewerkschaften der Industriearbeiter hatten.

Die absoluten Mitgliederzahlen sind nicht als Maßstab für die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation eines Landes zu nehmen, sondern das Prozentverhältnis der organisierten zu den beschäftigten Arbeitern kann nur hierfür bestimmend sein. Zuverlässige Angaben sind hierfür jedoch nicht zu machen. Dänemark mit 48 und Schweden mit 40 Prozent Organisierten dürften darin an der Spitze der internationalen Gewerkschaften stehen.

Die dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder rangieren nach der Mitgliederzahl in folgender Reihe: England 2 406 742 (1907 2 106 283), Deutschland 2 382 401 (2 446 480), Vereinigte Staaten 1 588 000 (1 586 885), Italien 546 650 (387 384), Oesterreich 482 279 (501 094), Frankreich 294 918 (715 576), Schweden 219 000 (239 000), Belgien 147 058 (181 015), Niederlande 128 845 (128 845), Dänemark 120 850 (109 914), Schweiz 113 800 (135 377), Ungarn 102 054 (142 030), Norwegen 48 157 (48 215), Spanien 44 912 (32 612), Finnland 24 009 (32 000), Bulgarien 12 933 (10 000), Kroatien 4520 (8700), Bosnien 3997 (—) und Serbien 3238 (5434). Bei Frankreich war für 1907 die Mitgliederzahl nach dem amtlichen Bericht für 1904 angegeben, während die Zahl für 1908 nur die der Mitglieder der Gewerkschaften ist, welche der Landeszentrale angeschlossen sind. Die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften in Frankreich ist bedeutend höher. Stellen wir hier wiederum die Zahl von 1904 ein und rechnen wie im Vorjahre für Australien und Neuseeland 213 138 Gewerkschaftsmitglieder, so ergäbe sich in diesen 20 Ländern eine Gesamtmitgliederzahl von 9 808 157. Im Vorjahre war diese auf 9 029 980 berechnet.

Von den Einzelberichten der Länder hat der aus England besonders Interesse. In ihm werden in recht anschaulicher knapper Form die politischen Wirren sowie die sozialpolitischen Maßnahmen besprochen. Vielleicht ist auf diese hochgehende Bewegung des englischen Volkes auch der starke Zu-

strom zu den Gewerkschaften zurückzuführen, der in den letzten drei Jahren 500 000 Mitglieder betrug. Das Finanzreformgesetz, das auf dem Prinzip des Freihandels basiert, vermeidet alle Erhöhungen auf die Gewerkschaften des täglichen Lebens, auf Werkzeuge für Industrie, wie auch auf den Handel und den Verkehr. Von 13 Millionen Pfund Sterling neuer Einnahmen, die das Gesetz vorsieht und von denen 9 Millionen Pfund Sterling für Alterspensionen verwandt werden sollen, sollen 80 Proz. von den Begünstigten aufgebracht werden. Kulturelle Verwendung sollten diese Mehreinnahmen finden für die Linderung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung der Kanäle, Schiffahrtswege, Dämen und der Straßen. Ein Gesetz über die Lohnämter lag vor, durch das für bestimmte Gewerbe Minimallohne geschaffen wurden. 100 paritätische Arbeitsbüros oder Nachweise wurden errichtet, für die die Regierung zwei Millionen Pfund Sterling bewilligte. Die obligatorische Speisung der Schulkinder wurde auf Antrag der Arbeiterpartei eingerichtet. Mit Verweigerung der Generalsekretär der englischen Gewerkschaftszentrale, Appleton, die Verzüge der konservativen "Daily Mail" und des Sozialisten Blatchford zurück, Deutschland und England in den Krieg zu ziehen. Im Bericht sagt er u. a.:

... doch empfand man die entsetzliche Angst der "Mail" und Blatchfords als eine Schmach, denn die Engländer teilen sie nicht. Tiefe Entrüstung erfüllte sie ferner ob der steten Versuche, soziale Reformen in beiden Ländern dadurch zu verhindern, daß man den Krieg an die Wand malt. Möge sich deshalb der gesunde Menschenverstand in Deutschland wie in England gegen solche lärmende Unwissenheit und Selbstsucht erheben, die sonst das unerhörteste Verbrechen des ganzen Jahrhunderts zur Folge haben könnten. Der Krieg hält jeden Fortschritt auf; er zerstört alle Hoffnungen (mit Ausnahme derjenigen der Geldverleiher und der Militärkaste); er entwürdigt die Völker zur Sklaverei."

Von Frankreich wird über eine starke Fortentwicklung der Organisationen und lebhafteste Agitation berichtet.

Belgien zeigt in detaillierten Berichten der einzelnen Gewerbe genaue Einblicke über den organisatorischen und finanziellen Stand der Gewerkschaften. Die soziale Gesetzgebung stagniert vollständig.

In den Niederlanden entfallen Partei und Gewerkschaft eine Agitation für den gesetzlichen Zehntendatag. Eine große Demonstration in Amsterdam leitete eine Aktion dafür ein. Die Kammer lehnte zwar mit 49 gegen 28 Stimmen die gesetzliche Einführung des Zehntendatages ab, es wurde aber der Regierung anheimgegeben, eine Einschränkung der Arbeitsdauer für alle erwachsenen Arbeiter auf 10 Stunden anzustreben. Bisher ist von der Regierung noch nichts geschehen. Auch für die Erbringung des allgemeinen Wahlrechts wurde vereint gewirkt. Bemerkenswert ist, daß die Organisation

der Staats- und Gemeindebeamten und Arbeiter ziemlich umfangreich ist, auch ein Verband der Lehrer existiert.

In Dänemark richteten die Gewerkschaften einen größeren Teil ihrer Tätigkeit auf Linderung der durch die Krise verursachten großen Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit erreichte einen nie gesehenen hohen Grad, 20,35 Proz. der Mitglieder waren zeitweise arbeitslos. Trotzdem nahmen die Verbände noch um rund 6000 Mitglieder zu.

Schweden hatte ein Jahr der Kämpfe zu verzeichnen, in denen die Arbeiter, meist in die Defensive gedrängt, die von den Unternehmern verursachten Lohnreduktionen zurückweisen mußten. Schon zeigten sich die ersten Vorboden für den großen Kampf, der im folgenden Jahre von den Arbeitern mit Erfolg geführt wurde. 293 Arbeitseinstellungen, an denen nahezu 40 000 Arbeiter beteiligt waren, bedeuteten für die schwedischen Organisationen im Jahre vor der großen Aussperrung eine große Kraftanstrengung.

In Norwegen dauern die Fortschritte, die die Bewegung in den letzten Jahren machte, an. Eine besondere Agitation wurde unter den Seeleuten und den Arbeiterinnen betrieben. Die soziale Gesetzgebung erheischte besonderes Interesse, ein Gesuchentwurf über das Koalitionsrecht, die Unfallversicherung für Fischer, ein Krankenversicherungsgesetz und ein Änderungsantrag bezüglich der Gewerbeinspektion.

Aus Finnland wird berichtet, daß der kleine Mitgliederzuzug nicht allein auf die schlechten industriellen Verhältnisse, sondern auch auf das Wüten der politischen Reaktion zurückzuführen ist. Größere Kämpfe wurden in der Metall- und Papierindustrie geführt.

Den Bericht aus Deutschland können wir wohl übergehen, da in ausführlicher Weise vor Jahresfrist schon in der deutschen Presse darüber berichtet wurde.

Im Nachbarland Oesterreich, das auch arg von der Krise betroffen wurde, verloren die Gewerkschaften 19 000 Mitglieder, doch verschulden diesen Rückgang auch die tschechoslawischen Genossen, die fleißig daran arbeiten, um die bestehenden Zentralverbände in nationale Vereine zu spalten. Und daneben dem Nationalitätenhaß auch Oesterreich fast alle Spielarten deutscher Gewerkschaftsrichtungen hat, bleibt die Zersplitterung nicht aus. Ein gut ausgebautes Unterstüßungswesen und eine gesunde Finanzabgarung zeigen übrigens den festen Grundriß der Organisationen. Unter dem ewigen nationalen Krakeel leidet auch die Arbeit des Parlaments und damit die Sozialpolitik.

Bosnien und Herzegowina berichten zum ersten Male. Eine schlechte Schulbildung des Volkes (80 Proz. Analphabeten), reaktionäre Maßnahmen der Behörden, Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums, schlechter Geschäftsgang und Spaltung der Organisationen in nationale usw. Gewerk-

schaften erschweren zwar die Entwicklung der Zentralorganisationen, können deren Fortschritt aber nicht hindern. Seit 1900 erscheint ein Arbeitsblatt für die gewerkschaftliche und politische Bewegung.

Aus Ungarn hören wir von noch schärferen reaktionären Maßnahmen wie in den Vorjahren. Die Regierung löst nicht nur einzelne Sektionen, sondern läßt nun auch die Zentralen nicht mehr unbehelligt. Als Gegenwehr griffen die Arbeiter zur Waffe des Generalkonflikts. Mit ungezügelter Kraft kämpften trotzdem die Arbeiter, wenn ihre Mitgliederreihen auch gelichtet wurden.

Kroatien, Slavonien, Serbien und Bulgarien zeigen noch das Bild unvollkommener, doch stark in aufsteigender Entwicklung begriffener Gewerkschaften.

Die Schweiz mit ihrer großen Exportindustrie mußte naturgemäß unter der allgemeinen Krise leiden. Die Differenz in der Gesamtausfuhr betrug im Jahre 1908 gegenüber dem Vorjahre 114,5 Millionen Frank, bei 1088,4 Millionen Frank überhaupt. Die Mitgliederzahl und die Anzahl der Kämpfe sank dementsprechend etwas. Die Buchdrucker konnten das 50jährige Bestehen ihrer Organisation feiern.

Italien zeigt einen Aufschwung der Arbeiterbewegung, die Zentralisation macht erfreuliche Fortschritte. Einen großen Streit führten die Landarbeiter in der Provinz Parma, an dem sich 30 000 Arbeiter beteiligten. Nach zweimonatigem heroischen Kampfe endete der Kampf ohne nennenswerten Erfolg für die Arbeiter. 50 Genossen wurden vor das Schwurgericht geschleppt, jedoch freigesprochen. In 1080 Streiks waren beinahe 300 000 Arbeiter beteiligt. Die soziale Gesetzgebung stagniert.

In Spanien hat die Entwicklung der Zentralverbände immer noch unter der anarchischen Strömung zu leiden. Trotzdem ist die Mitgliederzahl rapid gewachsen. 1899 erst 26 000 Mitglieder, zählte die Zentrale 1908 schon über 39 000 Mitglieder. Um die Streikbewegung zu vernichten, begann die Regierung mit der Verhaftung der gewerkschaftlichen und sozialistischen Parteiführer. Nur die Abgereinigten entgingen dem Kerker. Alle sozialistischen Zeitungen wurden unterdrückt, alle Arbeiterlokale und Bureaus geschlossen. Besonders in den größeren Städten waren alle Gesinnungsbild überfüllt. Allein in Madrid zählte man über 400 Verhaftungen. Die tschamischen und grauamen Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiterklasse, besonders in Katalonien, haben die größte Erbitterung im Volke wachgerufen, die sich noch steigerte durch die nachfolgenden Fälschungen. Die Landeszentrale und die sozialistische Partei verlangten mit Macht die Aberberzung des Kabinetts Maura. Anlässlich der Streikbewegung gegen den Krieg wurden nicht weniger wie 7 Anklagen gegen den Vorsitzenden der Landeszentrale erhoben; außerdem zwei gegen den zweiten Vorsitzenden, eine gegen den Sekretär, während ein Vorstandsmitglied durch

Die Ursachen und treibenden Kräfte der Entwicklung.

Von W. S. Werge.

(Nachdruck verboten.)

Schon vor hundert Jahren hat sich der geniale französische Naturforscher Jean Baptiste de Lamarck mit der Frage beschäftigt, welche Momente es in der Natur wohl bewirkt haben mögen, daß sich aus einfachsten Formen allmählich die Fülle der heutigen Lebewesen entwickelte. Seine im Jahre 1809 in der „Philosophischen Zoologie“ ausgesprochenen Anschauungen werden zum größten Teil noch heute von den Biologen als maßgebend anerkannt. Lamarck hat die Entwicklung der Lebewesen von vier Umständen abhängig gemacht:

1. Seien die Lebewesen verändert worden durch die Einflüsse der Außenwelt. Dahin gehören veränderte Existenzbedingungen, wie Veränderung der Ernährungsverhältnisse, des Klimas, Schwankungen des Luftdrucks, Veränderungen im Gas- und Salzgehalt, sowie in den Temperatur- und Druckverhältnissen des Meeres usw.

2. Nahm Lamarck den Grundsatz des Gebrauchs oder Nichtgebrauchs gewisser Organe als Ursache für deren stärkere oder geringere Entwicklung an, ein Prinzip, das uns allen sehr geläufig ist, da auf ihm das Trainieren zu ungewöhnlichen körperlichen oder geistigen Leistungen in letzter Linie beruht.

3. Meinte Lamarck, daß unter Umständen lediglich das Bedürfnis nach neuen Organen diese Organe zur Ausbildung bringen könne. Diese Ansicht

ist zurzeit viel umstritten; sie wird noch heute von den Neo-Lamarckisten geteilt, während sie von dem größeren Teil der heutigen Biologen bestritten wird, da ja auch beim Menschen das Bedürfnis nach neuen Organen noch lange nicht die ersehnten Organe herbeiführt.

4. Nahm Lamarck an, daß die im Laufe seines Daseins von einem Individuum neuerworbenen Eigenschaften auf seine Nachkommen vererbt werden könnten, eine Ansicht, die heute von Weismann und seinen Schülern, den sogenannten Neo-Darwinisten, sehr energisch aber mit Unrecht bekämpft wird.

Lamarcks Annahmen wurden von seinen Zeitgenossen nicht anerkannt. Die Zeit war für seine Gedanken noch nicht reif, das von ihm beigebrachte Tatsachenmaterial zu gering und seine auf anderen Gebieten vorgetragenen wunderbaren metaphysisch-mystischen Anschauungen talen dem Durchdringen seiner Ideen entscheidenden Abbruch. Erst 1859 trat die Entwicklungslehre wieder in den Vordergrund des Interesses, als Darwin in seiner „Entstehung der Arten“ auf sie zurückgriff und sie durch ein großes Tatsachenmaterial begründete. Dazu kam, daß durch die Darwinsche Selektionstheorie neue Hilfskräfte der Entwicklungslehre zugeführt wurden.

Im Sinne von Lamarck üben also die Außenverhältnisse auf die Gestaltung der Organismen einen Einfluß aus, und daß dem wirklich so ist, dafür liegen in der Natur eine sehr große Anzahl von Beispielen vor. Nur einige wollen wir hier heranziehen. So zeigen z. B. Nachttiere aus den ganz verschiedenen Klassen der Säugetiere, Vögel und Reptilien eine außerordentlich ähnliche Bildung und Stellung der Augen am Kopfe, die lediglich durch die gleiche nächtliche Lebensweise dieser Tiere

bedingt wurde. Ein anderes Beispiel für den Einfluß der äußeren Lebensverhältnisse auf die Körpergestalt sind jene in dunklen unterirdischen Höhlen lebenden Insekten, die keine Augen besitzen, wohl aber am ganzen Körper mit sonderbaren Tasthären bedeckt sind. Die an das Dunkel angepasste Lebensweise hat hier eben die Augen als unnütz verschwinden und nützliche Tasthären an deren Stelle entstehen lassen. Das beste Beispiel für den Einfluß der veränderten Existenzbedingungen auf Körpergestalt und Lebensrichtung dürften wohl aber die Schwarzerwürmer (Bandwürmer usw.) sein, die in anderen Tierkörpern als Parasiten leben. Auf Grund der veränderten Lebensbedingungen hat hier eine Anpassung in der Weise stattgefunden, daß alle anderen Funktionen verloren gegangen sind, nur die Ernährung, d. h. die Funktion der Selbsterhaltung und die Fortpflanzung, d. h. die Funktion der Artterhaltung sind allein übrig geblieben.

Was nun die zweite Behauptung Lamarcks betrifft, daß der Gebrauch oder Nichtgebrauch der Organe auf sie einen verändernden Einfluß ausübe, so läßt sich diese ebenfalls durch zahlreiche Beispiele stützen. So zeigt z. B. die verschiedene Ausbildung der Vogelbeine ihre Entstehung durch die Verschiedenheit des Gebrauchs (Laufen, Klettern, Schwimmen und Waten usw.) an. Die sogenannten rudimentären Organe der Tiere hingegen sind infolge vieljähriger Nichtgebrauchs allmählich zu verkümmerten Formen geworden.

Auch die dritte Behauptung Lamarcks, daß die von einem Individuum in seinem Dasein erworbenen Eigenschaften auf seine Nachkommen vererbt werden, kann heute durch mancherlei Tat-

ein Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Den Schluß bildet der Bericht von den Vereinigten Staaten von Amerika. Er beschäftigt sich zunächst mit dem Kongreß zu Toronto und dem dort gefassten Beschluß, den Anschluß an die Centrale zu vollziehen. Die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter Nordamerikas wird auf 3 Millionen geschätzt. Der Bericht klingt in einer Verbrüderungsfundgebung aller internationalen Gewerkschaften aus, was gewiß auch der Wunsch aller Arbeiter ist.

Einiges aus der deutschen Krankenversicherung.

Die Hauptergebnisse der Krankenversicherung für das Jahr 1908 zeigen wieder aufs neue, wie reformbedürftig die deutsche Krankenversicherung ist, deren organischem Aufbau die Macher des Gesetzes seinerzeit nicht genügend Beachtung geschenkt haben und auch bei der jetzigen Reichsversicherungsordnung wiederum nicht genügend beachtet werden. Bis zum Inkrafttreten der Zwangsversicherung im Jahre 1884 existierten nur freie Hilfskassen und eine beschränkte Zahl von Gemeindebetriebs-, Fabrik- und Innungskassen. Anstatt nun eine Zentralisation der Krankenkassen und damit eine großzügige Krankenversicherungspolitik in die Wege zu leiten, betrieb man in kurzfristiger Weise die bestehenden Kassen und gab den Unternehmern außerdem die Möglichkeit, nach Belieben weitere Betriebs- und Innungskassen zu errichten.

Die Entwicklung der Krankenversicherung hätte einen ganz anderen Verlauf genommen, wenn nicht im Laufe der Jahre Tausende von Kassen entstanden wären, die sich gegenseitig die schwerste Konkurrenz bereiteten und die infolge ihres geringen Umfangs von vornherein zur Unfähigkeit verdammt waren. Außerdem hinderte die unheimliche Zersplitterung der Kassenorganisationen auch die materielle Entwicklung der Krankenversicherung. Heute ringen drei Organisationsysteme neben- und gegeneinander um die Vorherrschaft, die berufliche Zentralisation (berufliche Hilfs- und Innungskassen), die örtliche Organisation (Ortskassen, Gemeindeversicherung) und die Betriebsorganisation (Fabrik-, Bau- und Knappschaftskassen). Eine Reorganisation, die ein einheitliches Krankenkassenwesen schaffen würde, wäre sicherlich ein großer Fortschritt.

Trotz der fehlenden Einheit macht der Konzentrationsprozeß in der Krankenversicherung langsam, aber sicher Fortschritte. Die Gemeinde- und die Hilfskassen gehen an Zahl zurück, und in den Ortskassen steigt die Mitgliederzahl in viel stärkerem Maße als in den anderen Kassenarten.

Im Jahre 1908 waren 12 324 094 Personen gegen Krankheit versichert gegen 12 138 966 Personen im Jahre 1907, also 185 128 mehr, die Zahl der Kassen betrug 23 240 gegen 23 232 im Jahre 1907. Außerdem bestehen circa 180 Knappschaftskassen mit etwa 810 000 Versicherten. Eine Betrachtung der einzelnen Kassenarten ergibt, daß die Gemeindeversicherung von 8290 auf 8237 Kassen zurückging, ihr Mitgliederstand stieg aber von 1 564 756 im Jahre

1907 auf 1 588 371 im Jahre 1908; die Ortskrankenkassen vermehrten sich von 4757 auf 4768, ihre Mitgliederzahl stieg von 6 194 108 auf 6 319 618, die Betriebskrankenkassen erlitten eine Zunahme von 7914 auf 7954, die Mitgliederzahl erhöhte sich von 3 156 221 auf 3 174 320. Die Baukrankenkassen vermehrten sich um eine, auf 42, ihre Mitgliederzahl stieg um 4184 auf 23 881, die Innungskassen wuchsen von 761 auf 784, und die Zahl der Mitglieder stieg von 264 604 auf 269 076; die Hilfskassen verminderten sich von 1469 auf 1455, ihre Mitgliederzahl erhöhte sich von 939 580 auf 948 828. Von je 100 Kassen und Mitgliedern entfielen auf die

Kassenart	Kassen		Mitglieder	
	1907	1908	1907	1908
Gemeindekassen	35,7	35,5	12,88	12,88
Ortskassen	20,5	20,5	51,03	51,28
Betriebskassen	34,0	34,2	26,00	25,76
Baukassen	0,2	0,2	0,18	0,19
Innungskassen	3,3	3,4	2,18	2,18
Eingetr. Hilfskassen	5,7	5,6	7,44	7,41
Landesr. Hilfskassen	0,6	0,6	0,30	0,29

Diese Aufstellung zeigt, daß die Gemeindeversicherung, die Bau-, Innungs- und Hilfskassen an Bedeutung zurücktreten, es dominieren die Orts- und die Betriebskassen. Die freien Hilfskassen stehen anderen Kassenarten nicht nach, wenn man beachtet, daß sie in der Regel nur auf Arbeiterbeiträge angewiesen sind und daher mit geringeren Mitteln arbeiten als die Zwangskassen. Im Durchschnitt des Jahres entfielen auf eine Kasse Mitglieder bei der Gemeindeversicherung 193 (Vorjahr 189), bei den Ortskassen 1325 (1302) bei den Betriebskassen 399 (399), bei den Baukrankenkassen 569 (480), bei den Innungskassen 343 (348), bei den eingetragenen Hilfskassen 697 (685) und bei den landesrechtlichen Hilfskassen 246 (239).

Die Belastung der Krankenkassen durch Erkrankungsfälle und Krankheitsstage steigt von Jahr zu Jahr, sowohl in absoluter als in relativer Beziehung. Die Gesamtzahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle betrug bei sämtlichen Kassen 5 206 148 gegen 4 956 388 im Jahre 1907, es trat also eine Vermehrung der Krankheitsfälle um 249 760 oder von 40,8 auf 42 pro Hundert Mitglieder ein. Die Zahl der Krankheitsstage, — wobei nur Krankengeld- und Krankenanstaltsstage gezählt sind, stieg von 97 148 780 Tagen auf 103 894 299 Tage oder um 6 745 519. Während im Jahr 1907 auf 100 Mitglieder rund 800 Krankheitsstage kommen, entfielen im Berichtsjahr auf je 100 Personen 843 Krankheitsstage. In keinem der früheren Jahre ist diese Höhe erreicht worden. Es handelt sich dabei um den Durchschnitt aus sämtlichen Kassen, von den Orts-, Betriebs- und Baukrankenkassen wurde der Durchschnitt überschritten, am meisten von den Baukrankenkassen, die auf je 100 Mitglieder 77 Erkrankungsfälle und 1388 Krankheitsstage registrierten. Da die Gemeindeversicherung in der Regel nicht bloß auf alle fakultativen Mehrleistungen verzichtet, sondern auch geringere Mindestleistungen hat als die übrigen Kassenarten, bleibt naturgemäß bei diesen Kassen die Zahl der Erkrankungsfälle und Krankheitsstage weit unter dem Durchschnitt.

Die absolute Zahl der Erkrankungsfälle und Krankheitsstage betrug bei den

Kassenarten	Erkrankungsfälle		Krankheitsstage	
	1907	1908	1907	1908
Gemeindeversicherung	428 673	473 948	2 720 081	2 875 666
Ortskassen	2 720 081	2 875 666	1 558 110	1 574 287
Betriebskassen	1 558 110	1 574 287	18 371	18 911
Baukassen	18 371	18 911	109 900	112 358
Innungskassen	109 900	112 358	858 293	882 978
Eingetragene Hilfskassen	858 293	882 978	12 720	12 358
Landesrechtliche Hilfskassen	12 720	12 358		

Die Belastung der Kassen und die Steigerung der Krankheitsfälle und Krankheitsstage in denselben Tempo vollzieht, wie bei den anderen Kassenarten. Bekanntlich wird das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen seit vielen Jahren von Unternehmerseite in niedriger Weise bekämpft, und man hat kein Mittel der Verleumdung unberücksichtigt gelassen, um den Ortskassen etwas an Reue zu stiften. Unter den Verdächtigungen befand sich auch das Märchen, daß in den Ortskassen das Simultantum geübt wird. Die Zahlen zeigen in vollster Deutlichkeit, daß diese Behauptung eine Erfindung ist, auch in den angeblich „sozialdemokratisch versuchten“ Ortskassen wirken wie bei den anderen Kassenarten lediglich die natürlichen Verhältnisse auf die Erkrankungsfälle ein. Es wäre eine der vielen Aufgaben der fehlenden Zentralisation in der Krankenversicherung, die Ursachen dieser Steigerungen genau zu erforschen und bekanntzugeben. Wie sich die relativen Krankheitsfälle und Krankentage in den letzten 3 Jahren gestalten, zeigt folgende Tabelle:

Kassenarten	Erkrankungsfälle		Krankheitsstage	
	1906	1907	1906	1907
Gemeindeversicherung	25	27	502	534
Ortskassen	38	41	43	45
Betriebskassen	45	49	812	863
Baukassen	58	61	77	990
Innungskassen	37	38	41	741
Eingetr. Hilfskassen	33	33	39	650
Landesr. Hilfskassen	28	31	36	567

Entsprechend der außerordentlich hohen Erkrankungsziffern haben auch die Krankheitskosten einen abnorm hohen Stand erreicht. Sie stiegen von 278 887 506 Mk. im Jahre 1907 auf 297 376 804 Mk. im Berichtsjahr, also um rund 23,5 Millionen Mk. oder von 22,56 Mk. auf 24,13 Mk. pro Mitglied. Die Krankheitskosten verteilen sich auf folgende Posten:

Ärztliche Behandlung	67 092 047 Mk.
Arznei und sonstige Heilmittel	48 351 620
Krankengeld	193 542 355
Böhmestimmen-Unterstützung	5 927 722
Sterbebeihilfe	7 480 844
Anstaltsverpflegung	30 147 308
Retenvallesenten-Fürsorge	285 406

Für Verwaltungskosten wurden abzüglich derer für die Invalidenversicherung 18 169 949 Mk. verausgabt. Die enorme Steigerung der Krankheitskosten ist nicht allein der hohen Krankheitsbelastung der Kassen zuzuschreiben, auch die Leistungen der Kassen sind namentlich infolge der Mäßigkeit der Arbeiterbeiträge in den Kassen gestiegen. Die Statistik über die Krankenversicherung ist so mangelhaft, daß sie nicht einmal darüber Auskunft gibt, wieviel Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeit-

sachen bewiesen werden. Zwar Verstümmelungen und Verletzungen beruhen sich bei Tier und Menschen im allgemeinen nicht, wahrscheinlich deshalb nicht, weil Verstümmelungen nicht einen Eingriff in den Gesamtorganismus darstellen. In jüngerer Zeit haben nun aber zwei deutsche Forscher nachgewiesen, daß z. B. bei Schmetterlingen auf künstlichem Wege neu erworbene Eigenschaften auf die Nachkommenchaft vererbt werden. Sie brachten zu diesem Zwecke Puppen des als „brauner Wärr“ bezeichneten Schmetterlings bei Temperaturen zur Entwicklung, die in einer Reihe von Fällen höher, in anderen Fällen niedriger waren, als die Durchschnittstemperaturen, unter denen sich jene Puppen gewöhnlich entwickeln. Die unter höheren Temperaturen entwickelten Schmetterlinge fielen dunkler, die unter niedrigeren Temperaturen ausgefroschenen Schmetterlinge heller aus, als sie gewöhnlich gefärbt sind. Paarte man solche auf diesem Wege künstlich dunkel gefärbten Schmetterlinge untereinander, ließ dann aber ihre Raupen und Puppen sich wieder unter normalen Temperaturverhältnissen entwickeln, so erhielt sich doch die neu erworbene dunklere Färbung.

Schließlich hat Lamarck das Bedürfnis nach einem Organ als artveränderndes Moment angeführt und damit auch den geistigen oder psychischen Faktoren eine gewisse Rolle bei den Entwicklungsvorgängen zugesprochen. Nun ist ja für die Entwicklung des Menschen vom Ur- zum Kulturmenschen sicher, daß hier geistige Faktoren eine wesentliche Rolle gespielt haben, und zwar um so mehr, je kultivierter die Menschen wurden, und es ist weiterhin wahrscheinlich, daß auch bei den Tieren, besonders den Säugetieren, derartige Momente an-

deren Fortentwicklung mitgewirkt haben, wiewohl vielleicht auch hier manche Veränderung, die wir heute bei höheren und niederen Tieren auf psychische Ursachen glauben zurückführen zu müssen, bei fortschreitender Erkenntnis auf rein mechanische Ursachen zurückgeführt werden kann. Auf jeden Fall gehen die sogenannten Neo-Lamarckisten zu weit, wenn sie auch bei den niederen Tieren und bei Pflanzen die Anpassungen an ihre Umgebung und die Zweckmäßigkeiten in Bau und Verrichtung glauben unbedingt aus derartigen psychischen Ursachen erklären zu müssen. Dafür liegt absolut kein zwingender Grund vor.

Fünzig Jahre nach Lamarck hat dann Charles Darwin versucht, die Entwicklungs Vorgänge auf eine neue, von Lamarck völlig unbeachtet gebliebene Ursache zurückzuführen. Darwin nimmt an, daß die kleinen Abweichungen (Varietäten), die jedes Lebewesen im Vergleich zu seinen Eltern aufweist, schließlich die sich allmählich herausbildenden neuen Arten schaffen. Daß das stattfinden kann, das bewirkt nach seiner Auffassung ein in der ganzen Natur wirksames Prinzip: „Der Kampf um Dasein“ oder besser „Die Konkurrenz der Lebewesen untereinander“. Hat ein Lebewesen eine ihm nützliche Eigenschaft zufällig, d. h. aus uns zeitlich noch unbekanntem Ursachen erworben, so befestigt sich diese neue Bildung bei den Nachkommen und es entsteht eine ganz neue Art. Und derartige Fälle kommen in der Natur wirklich vor, wie eine Reihe von Beispielen zeigt, von denen nur die Veränderung in der Form einer im Hafen von Plymouth vorkommenden Taschentüchler erwähnt sei, wie sie dort im Laufe der letzten 12-15 Jahre festgestellt werden konnte. Während dort früher fast nur

Krebse mit großen Stirnrändern und selten nur solche mit kleinen Stirnrändern beobachtet wurden, sind im Laufe der letzten 12-15 Jahre, seitdem der Hafen durch den Plymouthfluß verlandet und verschlammmt wird, die Krebse mit großen Stirnrändern allmählich ausgestorben, während heute nur noch Tiere mit schmalen Stirnen dort zu finden sind. Die dreistirnigen Krebse hatten nämlich größere Atmungsöffnungen, in die leichter als bei den schmalstirnigen Sand und Schlamm hineindringen und so die Atmungsorgane verstopfen konnten und deshalb starben sie allmählich aus, während die schmalstirnigen mit ihren dazu gehörigen kleineren Atmungsöffnungen, in die gar kein oder nur wenig Schlamm eindringen konnte, am Leben erhalten blieben.

Aber auch die Darwinsche Selektionshypothese vermag nicht alle Entwicklungs Vorgänge zu erklären, ja sie ist sogar nicht frei von Fehlern und bedarf stark der Ergänzung durch Lamarckische Ideen, wenn wir sie zur Erklärung der Entwicklungsvorgänge anwenden wollen. Es gibt eben außer den von Lamarck und Darwin festgestellten Ursachen noch eine große Anzahl anderer, zurzeit noch völlig unbekannter Entwicklungs Gesetze, die zu finden die Hauptaufgabe der zukünftigen Biologie ist. Eins aber steht schon heute fest: Zur Erklärung der Entwicklungsvorgänge brauchen wir nicht zu über- und außer-natürlichen Kräften und Mächten unsere Zuflucht zu nehmen; es sind rein natürliche Ursachen gewesen, die die Entstehung der mannigfaltigen Lebewesenarten hervorgerufen haben.

geber in den Organen der Krankenkassen vorhanden sind. Man kann die Zahl der Arbeitnehmervertreter nur schätzen, sie wird etwa 160 000 betragen. Es ist klar, daß die Arbeitnehmervertreter in ihrer größeren Mehrzahl besorgt sind, den Arbeitern die Wohlstan des Krankenversicherungsgesetzes in möglichst ausgedehnter Weise zuzuführen zu lassen.

Aber auch die Ansprüche der Ärzte und Apotheker haben die Krankheitskosten gewaltig in die Höhe getrieben.

Die Ausgaben der einzelnen Kassenarten ergeben sich aus folgender Zusammenstellung. Es kamen auf je 100 Mitglieder Krankheitskosten:

Kassenarten	Mittel							
	Zugewinn	berzögliche Behandlung	Arzt u. Apotheker	Krankengeld	Spezialambulanz	Zulage	Wahlzettel	Wahlzettel
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Gemeindekassen	1272	886	209	397	—	—	—	281
Erstklassen	2414	510	351	1088	64	58	340	—
Betriebskassen	3042	740	458	1377	65	94	314	—
Bausparen	3441	696	316	1647	3	48	736	—
Annahmestellen	2366	480	286	993	14	50	502	—
Einzelkassen	2220	463	260	1246	3	67	181	—
Landes-Gewerkschaften	1921	397	312	904	2	137	168	—

Aus den Zahlen gehen die Leistungen der Kassen deutlich hervor; in bezug auf Wöchnerinnenunterstützung und Lebensversicherungsleistungen stehen die Ortskassen weit über den anderen Kassenarten. Das meiste Sterbegeld gaben die landesrechtlichen Hilfskassen, die man direkt als Sterbekassen bezeichnen kann. Die Gemeindeversicherung weist in jeder Hinsicht die geringsten Leistungen auf.

Die Finanzlage der Krankenkassen gestaltete sich folgendermaßen: Es betragen die ordentlichen Einnahmen: 333 291 351 M., pro Mitglied 27,04 M., Vorjahr pro Mitglied 26,33 M.; demgegenüber stehen ordentliche Ausgaben in Höhe von 325 054 492 M., pro Mitglied 26,38 M. (24,64 M.). Der Vermögensstand sämtlicher Kassen betrug am Schlusse des Berichtsjahres 254 303 933 M., oder pro Mitglied 20,63 M. Von dem Vermögen entfallen 2,5 Millionen auf die Gemeindeversicherung (pro Mitglied 1,78 M.), auf die Erstklassen 116,6 Millionen (pro Mitglied 18,46 M.), auf die Betriebskassen 109,1 Millionen (pro Mitglied 34,73 M.), auf die Bausparen 259 101 M. (pro Mitglied 10,85 M.), auf die Annahmestellen 4,8 Millionen (pro Mitglied 17,89 M.), auf die einzelbetrieblichen Hilfskassen 18,9 Millionen (pro Mitglied 20,69 M.) und schließlich auf die landesrechtlichen Hilfskassen 1,7 Millionen (pro Mitglied 49,17 M.). Das meiste Vermögen steht also im Verhältnis zur Mitgliederzahl in den landesrechtlichen Hilfskassen.

Kund der fünfte Teil der deutschen Bevölkerung gehört der Krankenversicherung an, ungerichtet die mitversicherten Familienangehörigen. Große Kategorien der Bevölkerung sind jedoch von der Versicherung noch ausgeschlossen, so die Wanderarbeiterbevölkerung und der größte Teil der Hausgewerbetreibenden. Die Einbeziehung dieser Arbeiterschichten in die Krankenversicherung ist eine der dringendsten Aufgaben der Reform der Arbeiterversicherung. Hand in Hand damit muß eine Reorganisation stattfinden, die ein einheitliches Krankentassenwesen schafft und zwar auf der Basis der berechtigten Mitwirkung derjenigen, die zu den Kosten der Versicherung beitragen.

Gemeinsame Ortskassen für die Städte, Bezirkskassen für die Gemeinden, unter Ausbeugung aller übrigen Krankentassenformen bieten eine Gewähr dafür, daß die Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen ausgebaut wird und daß bessere Resultate in bezug auf Erfolge und Fortschritte in der Krankenversicherung ermöglicht werden, als es unter dem heutigen System der Zersplitterung der Fall ist.

Der Amerikaner und die Arbeit.

In verschiedenen deutschen Gewerkschaftsblättern war ein Artikel erschienen, der den deutschen Arbeitern die Verhältnisse in Amerika in sehr rosig gefärbtem Lichte erscheinen ließ. Es wurde in diesem Artikel u. a. gesagt:

„Amerika ist ein Land, in dem es keine Bettler gibt, und das einfach aus dem Grunde, weil diese — Gebrechliche natürlich ausgenommen — nicht bekommen. Wer arbeitsfähig ist, muß arbeiten, wenn er nicht zugrunde gehen will. — An keinem Hause findet man das Tadelchen mit der geistreichen Inschrift: „Hausieren verboten!“ Wer sich durch unausgesetzte Tätigkeit bemüht, eine Existenz zu erringen, dem versagt der Amerikaner keine Mithilfe nicht. Der Amerikaner gilt gewöhnlich als herzlos! Dem ist nicht so: er kann sogar ein sehr warmes Gefühl haben, aber immer nur solchen Menschen gegenüber, die ihre Kräfte im Daseinskampf gebrauchen. — Mit den Mitteln, die ihm die eigene Kraft verschafft, soll sich der Mensch emporschwingen, die persönliche Freiheit soll gewahrt bleiben. Ist

das nicht eine königliche Erziehungsmethode? Raffen wir uns nicht wundern, wenn neunjährige amerikanische Knirpse sich besser durchs Leben schlagen als die gebildeten europäischen Einwanderer; wenn ehemalige Schneider und Holzbauer sich später als Präsidenten der mächtigen Republik präsentieren? Auch wenn ehemals hochgeachtete und vermögende Leute ins Unglück geraten und die niedrigen Arbeiten zu verrichten gezwungen sind, heißt es nicht wie bei uns: „Seht, der Herr So und So ist tief gefallen, er verrichtet die gemeinsten Arbeiten!“ Ist es gemein, wenn man dem Unglück die Stirn bietet und den Glauben an seine eigene Kraft auch in den dunkelsten Stunden des Lebens nicht aufgibt?

Bei der Anstellung verlangt der Amerikaner keine Zeugnisse. Er fragt nicht, was ein Mensch gefonnt hat oder gewesen ist, sondern was er gegenwärtig kann und ist. Es ist wahr, Tausende von Lumpen und Vagabunden haben über dem Meere ihren Bohnstift genommen, aber sie sind dort durch das Vertrauen, das man ihnen entgegengebracht hat wieder einständige Menschen geworden, was bei uns unter dem ewigen Mißtrauen und der Verdammungssucht nicht möglich gewesen wäre.“

Hierzu bemerkt die deutsch-amerikanische Vädereitung mit blutigem Gohn: „Der Kerl, der das geschrieben hat, ist zu bemitleiden! Soll der Artikel den Tatsachen entsprechen, dann müßte er ungefähr wie folgt lauten: Amerika ist ein Land, in dem es momentan Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Bettlern gibt. Arbeitsfähige gehen zu Tausenden zugrunde, weil ihnen das Recht auf Arbeit abgesprochen wird, weil sie keine Beschäftigung finden können. Hund Hunderttausende, denen dieses Unglück zugestoßen ist, füllen als „Vagabunden und Arbeitsscheue“ die amerikanischen Strafanstalten. Der Staat hilft den Arbeitslosen nicht. Seine Wege können sie getrotzt verhungern. Notstandsarbeiten gibt's nicht. Das Geld, das hierfür ausgeworfen werden könnte, werden begütertere Politiker in die Tasche. Sie scheuen sich nicht, sich selbst auf Kosten der Unglücklichen zu bereichern. Ueberall an den Häusern prangen Schilder mit der Aufschrift: „Betteln und Hausieren verboten!“ Dem Existenzlosen bringt der Amerikaner kein Mittel entgegen. Im Gegenteil, in brutaler Weise äußert sich seine Genugtuung, wenn jemand „down and out“ (d. h. heruntergekommen) ist. Mißsichtlos, das eigene Ich stets in den Vordergrund drängend, geht er vor. „Zur Hölle mit den anderen, wenn ich nur dabei gewinnen kann!“ Die persönliche Freiheit ist, soweit die Arbeiter in Betracht kommen, ein leerer Bohn. Wehe selbst dem gebildeten Einwanderer, der sich mittellos im Lande der illusorischen Freiheit befindet. Erniedrigender kann er nirgends anders behandelt werden als hier. Will er auf eine feinen Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung reflektieren, so kann er verhungern. Es hindert ihn kein Mensch daran. Das Verhungern ist so quasi die einzige Freiheit, die man dem amerikanischen Arbeiter noch nicht geraubt hat. Nirgends tritt wohl der krasse Unterschied zwischen arm und reich so hervor wie gerade in Amerika. Auf der einen Seite die oberen „Rehtausend“, die, in maßlosem Überflus schwelgend, tatsächlich nicht wissen, was sie anberufen sollen; die, weil sie eben alles schon durchgeföhrt haben, großartige Diners für Hunde und Affen arrangieren, während Millionen von Menschen gräßlichen Hunger leiden. Verspekuliert ein Millionär einmal seine Millionen, da trifft die Hilfsbereitschaft, die der Verfasser des obigen Artikels so gleichend zu schildern weiß, zu. Die amerikanischen Großspitalisten halten zusammen. Trifft einen einmal ein Unglück, da greifen sie ihm unter die Arme, daß er sich bald wieder Millionen zusammengannern kann. Den verachteten Millionär aber „mit der Schaufel in der Hand neben „gewöhnlichen“ Leuten“ möchten wir sehen.

Zeugnisse hat der Amerikaner von Arbeitssuchenden vielleicht früher mal nicht verlangt! Heute verlangt er über die Vergangenheit seiner Arbeitssklaven ganz genaue Auskunft. Da werden ganze Register von Namen von Personen geführt, denen man überhaupt jede Arbeitsgelegenheit nehmen will. Diese Register nennt man die „schwarze Liste“. Diese wirkt verderblicher als selbst das schlechteste Zeugnis. Wehe dem Arbeiter, der es wagt, für seine und seiner Kollegen Besserstellung zu agitieren. Wird er nicht durch eine starke und mächtige Organisation geschützt, dann fliegt er. Sein Name kommt in die schwarze Liste, und diese steht allen Industriellen zur Verfügung. Kommt dann der Gemahregelte nach anderen Arbeitsplätzen, dann wird er dort entweder gar nicht angenommen oder seines Weibens ist nicht lange. Und so geht es ihm überall, denn diese verfluchte schwarze Liste trittt sich über das ganze Land. Der amerikanische Arbeitgeber steht in dieser Hinsicht nicht hinter den Kapitalisten aller anderen Länder zurück. Er ist gerade so brutal, gerade so rückwärtslos wie die anderen, wenn es gilt, den Besitzlosen gegenüber seine Machtstellung zu behaupten.

Das ganze Geschreibsel des „Amerika-Beobachters“ ist ein Traum, in eine lügenhafte Verdrehung der Tatsachen, und wir dächten doch, die deutsche Gewerkschaftspresse sollte bei der Auswahl von Artikeln, die das Land betreffen, das ob seiner Arbeiterverföhren durch Einheitsbescheide und maßlose Unterdrückung nachgerade berichtigt geworden ist, etwas vorzichtig sein. Sagt den deutschen Arbeitern die Wahrheit über Amerika und verhilft es, daß sie sich in dem Lande, das sie auf Grund یرهführnder Artikel als neue Heimat ausersuchen, direkt dem Elend in die Arme werfen. Die Zeiten sind vorüber, in denen Amerika eine bessere Zukunft in Aussicht stellen konnte.“

Also ganz wie bei uns! Im übrigen verweisen wir auf das vorzügliche Schriftchen der Generalkommission: „Ratgeber für Auswanderer“, das bekanntlich unentgeltlich durch die Gewerkschaftsartelle der Auswandererorte zu erhalten ist. Das Studium dieser Schrift kann Auswanderungslustigen nur dringend empfohlen werden.

Aus dem Industriebezirk Offenbach.

In der Zeit vom 2.—9. Mai fanden zum dritten Male die Versammlungen für die einzelnen Branchen statt. Wer aber der Meinung war, daß die Kollegen wiederum so zahlreich erscheinen würden wie in den ersten beiden, hatte sich getäuscht. Es ist tatsächlich standals, wenn man bedenkt, daß in Offenbach Hunderte von Aufschläger beschäftigt sind und in einer Versammlung, die nach Geschäftsfluß angelegt und von der jeder unterrichtet ist, doch ganze 5 (fünf) Kollegen erscheinen. Etwas besser war die Versammlung der Trefferbranche besucht, war doch ein halbes Duzend Kollegen erschienen. Obwohl es gerade diese Branche ist, welche in bezug auf Löhne am schlechtesten steht, scheinen diese Kollegen doch nicht das geringste Interesse dafür zu haben, sich über ihre schlechten beruflichen Verhältnisse zu unterhalten. Die Kollegen der eingekleiderten Reiseartikelbranche vertreten jedenfalls die Ansicht, wir haben vorläufig noch den Akkordlohnstarif und wenn dieser wirklich bei der nächsten Tarifbewegung geändert werden soll, so haben wir 14 Tage vorher noch Zeit genug, uns darüber zu unterhalten — also kommen 15 Kollegen in die Versammlung, das muß der Branchenleitung genügen! — Die offensichtliche Branche, das ist wenigstens noch ein Teil von Kollegen in unserem Verufe, der weiß, was er will; so hörte man in der zweiten Branchenversammlung, als das Lokal nicht alle erschienenen Kollegen fassen konnte, bei der dritten war das kleinste Zimmer noch zu groß! Die Zuschauer waren in einer größeren Anzahl erschienen, 29 Kollegen waren anwesend, jedoch hatte man sich nach den beiden ersten Versammlungen auch hier mehr verschlossen. Auch die Versammlung für Rahmen- und weiche Arbeit litt ganz gewaltig unter der Teilnahmslosigkeit der Kollegen. Ganze 23 Mann aus zusammen 4 Betrieben bildeten hier den Interessententreis, der über die Zukunft dieser Branche beraten und beschließen sollte. Troßdem diese Kategorie in der Portfeuillebranche von den Herren Fabrikanten als die Elite-truppe (wenigstens soweit sie als Arbeiter gebraucht werden) angesehen wird, begreifen diese anscheinend nicht, daß sie nur durch Beratungen in Branchenversammlungen ihre Interessen wahren können. Daß bei den Kollegen der Damentafelnbranche das Interesse so bald abflauen würde, hätte niemand gedacht, der den Geist unter denselben in den beiden ersten Versammlungen beobachtet hatte. Einige Schwänger wird es ja immer geben; daß aber die Besucherzahl von einer Versammlung zur anderen von 130 Kollegen auf 32 herabsinkt, zeugt von einer Apathie, die ihresgleichen sucht. — Daß jetzt nur 15 Kollegen auf Einrichtungen und Maschinen beschäftigt sein sollen (denn diese Zahl war vertreten), glaubt bei dem gegenwärtigen Geschäftsgang wohl keiner, also auch hier dieselbe Interesslosigkeit. Das Resultat der letzten Branchenversammlungen ist also gleich Null und müßig ist es, nach den Gründen dafür zu suchen. Ob es den Kollegen nicht gefiel, daß man ihnen in der vorhergegangenen Versammlung die großen Tarifverhöre, welche im Interesse der Arbeitgeber begangen werden, vorkiel, oder ob sie der Meinung sind, daß sie sich in ihr Arbeitsverhältnis nichts hineinreiben lassen wollen, wodurch vielleicht nur noch mehr aufgedeckt würde, wie in den letzten Versammlungen vorgebracht wurde, wollen wir nicht untersuchen. Jedenfalls ist es aber eine leere Aushere, wenn der schlechte Besuch auf die vorangegangene Maßfeier zurückgeführt wird. Denn so stark waren unsere Kollegen bei diesen Veranstaltungen nicht vertreten und auch nicht in Anspruch genommen, daß sie an den nächsten Abenden die Versammlungen nicht besuchen konnten. Wenn man die einzelnen Betriebe durchgeht, so finden wir, daß es gerade die größten sind, welche durch Abwesenheit glänzten. Sollte sich dies in Zu-

kunst nicht ändern, dann wird man diese ab und zu in der Zeitung den übrigen vorführen müssen, um sie auf diese Art an ihre Pflicht zu erinnern. Daß dieses schließlich notwendig wird, haben uns schon die Beratungen in den letzten Versammlungen bewiesen, wo es sich in der Hauptsache um die Aufnahme von Lohnstatistiken handelte, die für jede Branche getrennt vorgenommen werden sollen. Hieran haben sich alle Kollegen zu beteiligen, wenn sie ein genaues Bild ergeben soll. Daß wir zur nächsten Tarifbewegung eine solche Statistik haben müssen, darüber sind sich alle einig. Mutmaßungen und Schätzungen können uns nichts nützen, wenn wir vor die Unternehmer treten wollen. Auch die Heimarbeiter müssen gesondert zu dieser Statistik herangezogen werden. Deshalb sind die einzelnen Ortsvereinigungen aufgefordert worden, Heimarbeiterversammlungen einzuberufen. Dieser Weg wurde gewählt, um die Kollegen der Landorte, soweit sie nicht in Offenbach in den Fabriken arbeiten und an den Versammlungen nach Geschäftsabluß teilnehmen können, Gelegenheit zu geben, sich über diese Frage auszusprechen. Einzelne dieser Versammlungen haben bereits stattgefunden, aber auch hier ließ der Besuch viel zu wünschen übrig. So war eine solche Versammlung in Mühlheim von 8 Kollegen besucht, in Bürgel wurde sie sogar zwei mal angeleert, jeder Kollege erhielt eine Einladung; zur ersten waren nur 10 Kollegen erschienen. Die Angelegenheit wurde um 8 Tage verschoben, nochmals wurde alles eingeladen, darauf erschienen — acht Kollegen, also wiederum nichts! —

Ja, wäre die Postalfaxe zu verteilen gewesen, wäre vielleicht auch ein besserer Besuch zu verzeichnen gewesen.

Kollegen, so kann und darf es hier im Bezirk nicht weitergehen, wenn wir nicht unterliegen wollen. Mit großen allgemeinen Versammlungen kurz vor Jahresabluß allein ist nichts getan. Die Hauptaufgabe für die nächstjährige Tarifbewegung fällt den Branchensammlungen zu. Sehe sich jede einzelne Branche vor, daß sie nicht vor der anderen zurückbleibt, aber gar zu Neben gebrüht wird. Sollten die Kollegen diese Ermahnungen in den Mühen schlagen und sich legen, es geht auch ohne uns, dann auch gut. Komme dann aber niemand mit Vorwürfen gegen die Verwaltungen, denn sie fallen auf ihn selbst zurück.

Streiks und Lohnbewegungen.

Das tapferere Schneiderlein von Brieg! Wohl jedes Kind kennt die alte Geschichte vom tapferen Schneiderlein und seinen Gelbentaten. Wer aber glaubt, daß dieses Geschlecht der tapferen Schneider längst ausgestorben ist, der dürfte durch die nachstehenden Zeilen eines Besseren belehrt werden. Wie aus den letzten Nummern unserer Zeitung ersichtlich ist, stehen unsere Kollegen, die bei dem Militär-effektenfabrikanten Herrn Karl Schneider in Brieg zu arbeiten die Ehre hatten, seit Wochen im Streit. Zum Streit wurden die nach so genügsamen und geduldigen schlesischen Sattler gezwungen, weil Herr Schneider es durchaus nicht einzulassen vermag, daß es bei den heutigen Leuerungsverhältnissen nicht mehr möglich ist, mit Schneiderschen Durchschnittslöhnen selbst einen gewiß nicht verwöhnten schlesischen Sattlermagazin tagsüber betriebigen zu können. Wie gesagt, die Verzweiflung trieb unsere Kollegen, die durchweg seit Jahren in der Bismarckstadt im Betrieb des Herrn Schneider des Lebens Bürde und Last, ingrimig zwar, jedoch mit stummer Geduld trugen, in den Ausstand, nachdem alle Vorklärungen und Verhandlungen an dem Starrsinn des „Allmächtigen“ gescheitert waren. Doch nicht das ist es, was hier besprochen werden soll. Denn das Verhalten des Herrn Schneider gegenüber „seinen“ Leuten in puncto Lohnhöhung hat uns nicht überrascht, es ist durchaus so gekommen, wie wir stets vorausgesetzt haben. Denn Herr Schneider ist, solange wir ihn kennen, stets semper idem und hat sich noch nicht geändert. Aber auch im übrigen, z. B. in seinen Lebens- und Umgangsgewohnheiten, hat gleichfalls noch keine Änderung zum Besseren stattgefunden, wie aus der „Berichtigung“, die Herr Schneider an die „Brieger Zeitung“ gesandt, und auch aus einem anderen Vorgange, den wir hier erörtern wollen, mit Sicherheit geschlossen werden kann.

Das tapferere Schneiderlein redivivus von Brieg ist nämlich ein Mann mit einem äußerst empfindlichen Ehrgefühl und — robuster „Gesundheit“. Eine nicht ganz freundliche Wiene seiner „Intentionen“, ein einziges unüberlegtes Wort einer seiner Angestellten ist bereits geeignet, den Born des Herrn Schneider zu heller Rote anzufachen. Und wenn gar ein „Zeitungsmanich“ es wagt, an den Zuständen des Betriebes oder den persönlichen Eigenheiten des Betriebshabers eine noch so bescheidene Kritik zu üben, dann eilt Herr Schneider schnurstracks zum R. A. d. i., um seine angeblich rampionierte Ehre wieder flicken zu lassen. Diese Erfahrung mußte ein früherer Redakteur unseres Blattes, der Kollege

Sassenbach, machen, als er „boshafterweise“ Herrn Schneider und seinen Betrieb als nicht muntertätig hinzustellen versuchte. Das geschah ihm recht, dem Redakteur! Wir haben keine Lust, Herrn Schneider zu einem ähnlichen „Triumph“ zu verhelfen, obwohl wir selbstverständlich auch vor der Person des „Gefürchteten“ und seinem Betriebe nicht Halt machen werden. Wir haben bisher und werden auch fernerhin aussprechen was ist, nichts mehr, aber auch nichts weniger! Herrn Schneider aber geben wir den Rat, mit der persönlichen Ehre anderer Leute, vor allem aber auch mit der — Wahrheit so umzugehen, wie er wünscht, daß mit ihm selbst umgegangen werden soll. Die sogenannte „Mittlung“ in der „Brieger Zeitung“ froht geradezu von Unrichtigkeiten. Es ist unklar, daß die Leute ohne wesentlichen Grund die Arbeit niedergelegt. Wahr ist vielmehr, daß sie auch nach den sogenannten „Zugehändrücken“ noch immer die schlechten geteilten Militärjattler Deutschlands genießen wären. Es ist unklar, daß Herr Schneider nur für einige Artikel erhebliche Erhöhungen gewähren konnte, da er für die übrigen Artikel bedeutend höhere Preise als die Konkurrenz zahlt. Wahr ist, daß für die Arbeiter erhebliche Erhöhungen der Akkordpreise überhaupt nicht stattdanden, und ferner ist wahr, daß uns, die wir die Preise der Branche sehr genau kennen, keine „Konkurrenz“ des Herrn Schneider bekannt ist, die noch weniger zahlt als Herr Schneider. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Es ist ferner nicht nur unklar, sondern bewußter Schwindel, daß die Sattler bei einem Anstieg und Gehalt und zu den Schneiderschen Akkordpreisen in 5stündiger Arbeitszeit mindestens 30 Mk. und mehr pro Woche verdienen können. Denn der Gelmladierer und der Werkführer sind doch nicht „die Sattler“ des Schneiderschen Betriebes? Oder soll es da hinaus? — So könnten wir alle die Behauptungen der famosen „Berichtigung“ auf ihren wahren Wert zurückführen. Wie leichtfertig man dort bei den wahren Behauptungen aussieht, zeigt schon die „Verhüllung“ der Schneiderschen Betriebsstranctasse. Woher weiß Herr Schneider denn, daß „seine“ Klasse die niedrigsten Beiträge erhebt und die höchsten Leistungen gewährt? Hat man dieses überhaupt versucht festzustellen? Offenbar eine ganz fade, aufs Geratewohl aufgestellte Behauptung! „Niedrige Beiträge“ und „hohe Leistungen“ sind in der Regel sichere Kennzeichen von Schwindelacten. Wie denn das Herr Schneider nicht? Das eine schlecht ja das andere direkt aus. Diese Behauptung ist also wohl nur eine „Entgleisung“, nicht wahr Herr Schneider; denn dem Wunde erhält doch ihre Betriebstasse bei den „hohen Leistungen“ keine Zuschüsse?

Daß Herr Schneider in seiner bekannten — burlesken Art unsere Kollegen Varsch aus Görlitz als „Preßlauer Gesapostel und Aufheßer“ bezeichnet, ist wohl nur darauf zurückzuführen, daß der Brieger Bürger, Herr Schneider, von Zeit zu Zeit atavistische Anwandlungen erleidet und demzufolge seine übrigen Mitmenschen noch heute genau so behandelt wie die verachteten Pohlen (polnische Herzöge, deren Schloß noch heute in Brieg steht) seinerzeit ihre Untertanen behandelten. Herr Schneider sieht also, daß wir ihn zu begreifen suchen, wenn wir ihn auch nicht entschuldigen können. Aber schon bei anderer Gelegenheit, und zwar, als unsere Kollegen bei Herrn Schneider vorstellig wurden, hat derselbe sich über unseren Kollegen Varsch Äußerungen erlaubt, die diesen veranlaßten, folgenden Brief an den sonst so feinfühligem und zartbesaiteten Herrn zu richten:

Offener Brief.
An Herrn Militäreffektenfabrikanten Karl Schneider in Brieg.

Gechter Herr!
Es tut mir leid, Ihnen mitteilen zu müssen, daß eine Verächtlichmachung meiner Person im Beisein Ihrer Leute keinen besonderen Druck auf dieselben ausübt.

Die Äußerungen Ihrerseits gegenüber den einzelnen Kollegen sowie gegen die Lohnkommission vom 22. 4. vormittags über meine Person, können unmöglich geeignet sein, das friedliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu festigen. Ich persönlich bemerke, daß ich noch keine Vergleiche zwischen mir und dem Herrn von Oldenburg angeestellt habe, wohl aber derlei Eigenschaften an anderen Leuten schon eher beobachtet habe. — Lassen Sie mich weiter von den „Arbeitergroßen“ leben und zählen Sie sich weiter zu denen, welche aus dem Mehrwert der geleisteten Arbeit ihrer Leute groß und stark — geworden sind, zu welchen auch der Januschauer zählt.

Damit dürften die gegenseitigen Personalbetrachtungen wohl erledigt sein.

Hochachtungsvoll
R. Varsch, Gauleiter.

Man ersieht daraus, daß selbst ein so ruhiger Mensch, wie unser Kollege Varsch aus Görlitz, der das Bülowische Wort, daß ein Diplomat eine Fittige

jammen hören, aber, wenn's sein muß, auch eine Abingeroschaut haben muß, namentlich in seinem zweiten Teil sehr beherztigt hat, sich zu einer Abwehr der Schneiderschen Verleumdungen gezwungen sah, daß die nicht „von Kappe“ waren. Wir sind deshalb auch der Meinung, daß sich das tapferere Schneiderlein von Brieg nicht durch einen simplen Sattlergesellen beschämen lassen und ebenfalls die wohlverdiente Präge einstecken wird, die wir ihm hiermit verabreichen. —

Verein der Wagenbauarbeiter, Buenos Aires,
Sekretariat: Mexico 2070. Aufruf an die deutschen Arbeiter! Mameraden! Die in Buenos Aires organisierten Arbeiter der verschiedenen Branchen der Wagenbauerei bringen Euch hiermit zur Kenntnis, daß in der Fabrik des deutschen Kapitalisten Guillermo Fehling infolge einer Lohnbewegung seit dem 4. Februar gestreikt wird und daß infolgedessen der genannten Arbeiter von unserem Verein der Postofft erklärt ist, bis der Konflikt gelöst ist. Jeder aufgeklärte Arbeiter weiß, daß in einer konfliktierten Fabrik nicht gearbeitet werden darf. Da wir in Erfahrung gebracht haben, daß der Fabrikant Fehling Arbeiter von Deutschland kommen läßt, um seine irrenden Arbeiter durch Strukturs zu ersetzen und die Unkenntnis der Verhältnisse der Reuanommenden benutzen will, um sie als Streifbrecher und Verräter der organisierten Arbeiter und ihrer eigenen Sache auszunutzen, hat unser Verein diese Schrift erlassen, um Euch aufzuklären über die Sachlage zwischen unserer Gewerkschaft und dem Fabrikanten Fehling, Mameraden! Die argentinischen Arbeiter, unter denen sich auch viele deutsche befinden, erwarten, daß kein deutscher Arbeiter sich dazu hergibt, die miserable Rolle eines Strukturs zu spielen und in einem fremden Lande als Streifbrecher zu erscheinen. Dadurch würdet Ihr den guten Ruf der deutschen Arbeiter, die als aufgeklärt und zielbewußt bekannt sind, im höchsten Grade schädigen. Um weitere Aufschlüsse und Arbeitsnachweis zu erhalten, kommt nach unserem Vereinslokal Calle Mexico 2070 (oben), wo Ihr deutsche Mameraden finden werdet, die Euch über alles weitere Bescheid geben werden. Es lebe die Organisation!
Die Kommission.

Außt zur gleichen Zeit, wo wir die an anderer Stelle unserer Zeitung geschilderten Zustände über Nordamerica niederschrieben, ging uns, gleichsam um den Nachweis zu führen, daß auch das so viel gelobte Argentinien (Südamerika) in nichts hinter seinem nordischen Bruder zurücksteht, obiger Aufruf zu.

Gleichzeitig wurden uns zwei Briefe zugestellt, geschrieben von deutschen Sattlern, die vor Jahresfrist nach dort ausgewandert, deren einen wir zum Abdruck bringen, da er geeignet ist, etwaige „Vaterlandsmüde“ zum Nachdenken zu zwingen.
Tucuman, 24. 4. 1910.

Werte Kollegen!
Endlich muß ich mein Versprechen einlösen und mal etwas über das vielgepriesene Amerika schreiben. Habe 3 Monate in Buenos Aires gearbeitet, 4 Wochen bei dem Fehling, wo schon seit Anfang Februar gestreikt wird. Dieser Fehling ist einer der größten Halunken in Buenos Aires. Ich habe ihn persönlich kennen gelernt. Es werden bei Fehling die traurigsten Löhne bezahlt: Schmiede 3 Peso 50 Centavos. Man muß den Peso als Mark umrechnen. Eigentlich kommt man dort mit einer Mark besser fort als hier mit einem Peso. Sattlern gab er 3,50 bis 5,50 Peso. Ich bekam 4,50 Peso. Alles andere besagt Euch das Flugblatt. (Siehe oben.) Es waren dort 13 Sattler beschäftigt, darunter 4 Deutsche; die anderen waren Spanier und Italiener. Der Meister ist auch Deutscher. Sämtliche Arbeiter haben den Betrieb dort verlassen, auch der Meister. Denn hier müssen alle organisiert sein. In vielen Sachen geht es hier weit schärfer zu wie dort in Deutschland. Es muß ein jeder Arbeiter eine Bescheinigung beim Obmann abgeben, sonst darf er nicht anfangen. Es ist aber auch gefährlich, hier Streifbrecher zu spielen, denn es wird viel mit dem Messer „gearbeitet“, weil es alles hitzige Köpfe sind. Jemand, der hitzige Verhältnisse kennt, läßt sich nicht so weit herab. Gebt dieses Flugblatt doch bitte bekannt, denn es hat mir ein Kollege gesandt. Nun etwas über die Verhältnisse hier in Argentinien. Als Arbeiter ist man noch schlechter dran wie dort. Die Wohnungen sind sehr klein; Bierbestände dort sind besser! Ein leeres Zimmer kostet 20 Peso pro Monat. Da gibt es aber kein Fenster drin. Es haufen in einer solchen Bude meistens 5-6 Menschen. Eine Berliner Wirtskafeteria ist gar nichts dagegen. Mit einem Wort gesagt: „spanische Wirtskafeteria“. Ich habe bei einer deutschen Familie gewohnt: 60 Peso monatlich mit Pension in einer Holzstube, und noch zu zweien. Hölze gibt's so viel, daß man sich gar nicht retten kann; selbige sind so groß wie „Elefanten“; Mostos und Bananen sind tägliche Gäste. Die Hölze kann man vertragen. Es gibt ja sehr heiße Tage, aber der Mensch gewöhnt sich an alles.

Fleisch gibt es genug zum Essen, einen Tag Rindfleisch, den anderen Tag Hammelfleisch und umgekehrt. Ihr dürft aber nicht denken, daß es reich ist. Es ist einem gerade so, als wenn man Stiefelsohlen kaut. Somit ist Buenos-Aires aber eine Großstadt: sehr viel Wagenverkehr und mehr Luxus wie dort. Buenos-Aires hat 80 Wagenfabriken, aber es ist doch kein Berlin. Es liegt kein Leben in dem Volk. Sehr viel Langeweile. Arbeit ist in einer Provinzstadt, 70000 Einwohner. Es sind 36 Stunden mit dem Schnellzug von Buenos-Aires. Hier herrschen ja nun wirklich idyllische Zustände wie in Berlin N. bei den Zigeunern. Das Volk schmuggelt, wohnt in Bretterbuden und Lehmhütten. Ruhboden ist Luxus. Ich muß in meiner Rude immer mit dem Peil ziehen; denn alle Tage regnet es auf einer anderen Stelle durch. Ich kann Euch die Verhältnisse gar nicht richtig schildern. Im Wagenbau sind sie hier weit vor, es wird alles nach französischer Art gearbeitet. Au Augenblicklich "Schneber" und verdienen 6 Peso pro Tag. Ein seit 6 Wochen hier, aber sechs Wochen regnet es auch schon! Ja, dies gelobte Argentinien! Aber es soll ja jetzt besser werden, denn es geht zum Winter. Es ist schon sehr nass, die Nächte sind sehr kühl. Ich will Euch noch einen kleinen Brief von einem anderen Deutschen mitteilen, denn es sind hier wirklich traurige Zustände. Für einen Europäer ist es hier nichts im freien Argentinien. Ja frei, die Arbeit geht nur auf dem Papier! Ich habe mir Amerika anders vorgestellt! Das Geld liegt nicht auf der Straße! Dann ist auch noch das Schlimme die Sprache! Ich kann Euch sagen: 2 Tage reisen und dann die Sprache nicht beherrschen. Hunger und Durst ist besser, aber es heißt: aushalten! Amerika! Amerika! Nun Gruß an alle bekannte Kollegen. Verbleibe mit Grüßen an Euch Euer Kollege Paul Hauwein.

Wohlan! so lautet auch der zweite Brief! Ein Glück, daß unsere Kollegen dort sich durch die mangelhaften Verhältnisse nicht niederdrücken lassen, wie das Schreiben ja deutlich zeigt. Naturen, die leicht zum pessimismus neigen und Mut und Kopf verlieren, dürften im Kampf um die Erlangung dort weit leichter unterliegen als hier. Ein Peso (Papiergeld, denn Argentiniens Münzverhältnisse sind äußerst schlechte) gilt ungefähr 1,75 Mk. nach unserem Gelde.

Daß die klimatischen Verhältnisse Tucumans, wie der Kollege schreibt, erträgliche sind, dürfte auf die abkühlende Wirkung der in der Nähe liegenden Cordilleren (Schneegebirge) zurückzuführen sein, denn die geographische Lage des Ortes entspricht ungefähr derjenigen Mittelägyptens.

Aus unserem Beruf.

H. W. Aus nachliegenden Gründen ersuchen wir alle Kollegen Berlins, die Leder auf der Schärmaschine schärfen lassen wollen, nur die in unserer Zeitung inserierenden Schärfmaschinenbesitzer mit ihren Aufträgen zu beauftragen.

Der Schweizerische Lederarbeiterverband, der am 16. und 17. April in Zürich seine Generalversammlung abhielt, hat sich trotz der Krise sehr gut entwickelt. Der Vermögensbestand liegt in der Zeit vom 31. Dezember 1907 von 5751,72 Frank auf 15 485,93 Frank am 31. Dezember 1909. An Unterstützungen wurden in dieser Zeit 9174,85 Frank ausgezahlt. Die Einnahmen aus Beiträgen und Eintrittsgeldern betrug 21 793,67 Frank. Das monatlich erscheinende Organ, die "Schweizerische Lederarbeiterzeitung", erforderte eine Ausgabe von rund 3655 Frank.

Die wichtigsten materiellen Verhandlungsgegenstände waren die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und das 14tägige Erscheinen des Verbandsorgans. Ueber letztere referierte der Zentralpräsident Zimmer in gedrängter Kürze. Er erklärte, daß er die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung sehr begrüßen würde. Mögliche man sie aber nicht, so möge mit der fakultativen ein Versuch gemacht, eventuell aber wenigstens der Antrag dem angenommen werden, nach dem der Zentralvorstand die Vorbereitung des Obligatoriums bis zum nächsten Verbandstag treffen soll.

Die Diskussion darüber war eine sehr lebhaft und vielseitige. Das Endergebnis war der Beschluß, die obligatorische Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Der Beschluß wurde mit 18 gegen 10 Stimmen gefaßt. Auf die fakultative Arbeitslosenunterstützung fielen nur 5 Stimmen. Der Beschluß unterliegt selbstverständlich der Bestätigung der Mitglieder. Für den Fall, daß er verworfen wird, soll als Eventualantrag auch der Berner Antrag mit zur Abstimmung gestellt werden.

Wird die obligatorische Arbeitslosenunterstützung beschlossen, so hat der Zentralvorstand eine Vorlage betreffend Ergänzung des Statuts und Entwurf zu einem Reglement auszuarbeiten und den

Sektionen zur Diskussion zu unterbreiten. Schließlich hat wiederum die Abstimmung darüber zu entscheiden.

Auch das 14tägige Erscheinen des Verbandsorgans entfiel eine ausgiebige Debatte, wobei namentlich der Neuenburger Antrag betreffend die Dreisprachigkeit sehr viel zu reden gab. Beschlossen wurde das 14tägige Erscheinen und die Zweisprachigkeit — deutsch und italienisch —; immerhin soll gelegentlich auch ein französischer Artikel auf Wunsch der welschen Verbandsmitglieder aufgenommen werden.

Zur Deduktion der Mehrkosten wurde die Erhöhung der Beiträge in allen drei Klassen um je 5 Cts. beschloffen, eine kleine Mehrleistung, an der die Mitglieder wohl nicht Anstoß nehmen werden. Diese beiden Neuerungen treten nach dem Beschluß des Verbandstages bereits mit dem 1. Juli in Kraft.

Verschiedene Anträge wurden abgelehnt, so die Vortragsliste betreffend die Gleichrichtung des Ausschusses von Mitgliedern aus dem Verbands; der Berner betreffend Schaffung einer gemeinsamen Fachzeitung für die Lederindustrie; andere Anträge wurden zurückgezogen.

Bezüglich der Wahlen wurde folgendes beschlossen: Die Stelle des Sekretärs wird zur freien Nominierung ausgeschrieben, wobei der jetzige Sekretär Steiger von vornherein als angemeldet gilt. Der Redakteur des Verbandsorgans, Genosse Zimmer, wurde einstimmig wiedergewählt. Vorort des Verbandes bleibt Winterthur. Sitz der Kontrollkommission Zürich.

Zum Schluß wurde noch eine längere Resolution angenommen, die sich eingehend über die zukunftsige Gestaltung der Agitation ausspricht. Eine Diskussion konnte wegen vorgerückter Zeit über diesen wichtigen Punkt leider nicht gepflogen werden.

Aus Industrie und Handel.

H. W. Die Lederwarenindustrie Berlins 1909. In ihrem Jahresbericht stellt die Berliner Handelskammer eine Verringerung der wirtschaftlichen Verhältnisse fest, die sich hauptsächlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 günstig bemerkbar machte. In fast allen Zweigen der Lederindustrie und den dazu gehörenden Branchen war eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Trotz der ungewöhnlichen Preissteigerung des Leders und anderer Materialien konnten Fabrikation und Handel mit den erzielten Erfolgen zufrieden sein, denn für die Fertigungsfabrikate wurden im allgemeinen angemessene Preise erzielt. Die Aufträge auf Lederarbeiten waren so groß, daß sie nicht annähernd in vollem Umfang ausgeführt werden konnten, weil Mangel an den erforderlichen Metallartikeln herrschte.

Als Absatzgebiet kam neben England, welches zum erstenmal wieder als großer Abnehmer auftrat, in erster Reihe das Ausland in Frage. Rußland, Schweden, Dänemark, Frankreich, Amerika usw. die früher für die deutsche Ausfuhr in erheblichem Maße in Betracht kamen, beziehen fortgesetzt weniger Waren aus Deutschland, weil diese Länder sich immer mehr und mehr auf dem Gebiete der Lederwarenindustrie selbständig machen. Der Bezug aus Deutschland erstickt sich nunmehr nur noch auf ganz feine Ware. Amerika und Frankreich liefern sogar schon einen großen Teil fertiger Fabrikate nach Deutschland.

Leider beschränkt sich der Bericht auf die Wiedergabe ganz allgemein gehaltener Begriffe, ohne auch nur den geringsten Zahlennachweis über die Lederwarenproduktion Berlins an sich und den Umfang der Ein- und Ausfuhrziffern zu bringen. Hoffentlich wird dieser Mangel für das laufende Jahr behoben und so ein Vergleich mit den übrigen Lederwarenproduktionsarten ermöglicht. Der Lederwarenfabrikant H. Loh, Mitglied des hiesigen Sachausschusses bei der Berliner Handelskammer, ist in der Lederwarenfabrikantenvereinigung Deutschlands eine der einflussreichsten Personen, der gern bereit ist, die Berliner Handelskammer in dem von uns angeregten Sinne zu unterstützen.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird im Bericht nur insoweit berührt, als nochmals festgestellt wird, daß die Arbeitsbedingungen schon seit Jahren tariflich geregelt sind. Infolge des günstigen Geschäftsganges wurden die Löhne der Arbeiter in fast allen Betrieben etwas erhöht; in den Herbstmonaten herrschte zum Teil Arbeitermangel.

In Photographiealbüchern hat das Geschäft keine wesentliche Besserung erfahren, doch dürfte das Ergebnis von 1908 erreicht sein.

In Treibriemen war ein lebhafter Bedarf zu verzeichnen und wies während des ganzen Jahres eine steigende Tendenz auf.

Durch die Ausdehnung des Automobilverkehrs geht die Herstellung von Luxusgeschirren immer mehr und mehr zurück.

Korrespondenzen.

Dresden. (E. 17. 6.) In der am 10. Mai im "Volkshaus" tagenden Versammlung hielt Genosse Seebald einen Vortrag über: "Arbeitslosenversicherung". Leider fehlte die interessanten Ausführungen. Es folgten alsdann die Berichte über die Lohnbewegungen in den einzelnen Branchen. Kollege Richter gibt die Verhandlungen mit den Treibriemenfabrikanten bekannt, während Kollege Ventur über die Verhandlungen mit der Jünung berichtet. Auch hier kann man ein Entgegenkommen der Meister konstatieren. Es sind in einer neuen Werkstattdordnung eine achtprozentige Lohnerhöhung und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden, Sonnabends 9 Stunden festgelegt worden. Veteiligt sind daran zirkel 100 Kollegen.

Kollege Eisner berichtet über die Erfolge in der Messerartikelbranche. Auch hier sind Verbesserungen eingeleitet, nur die Kollegen der Firma Pippelt haben schlecht abgeschnitten. Es wurden hier nur die sehr wenig in Frage kommenden Stundenlöhne aufgebessert, die übrigen "Wünsche" aber in einem brüskten Schreiben abgelehnt.

Nachdem noch den freireisenden Leipziger Kollegen 100 Mk. aus der Lokalfasse bewilligt und zur tatkräftigen Unterstützung der ausgeperrten Bauarbeiter aufgefordert worden war, erreichte die ziemlich schwach besuchte Versammlung ihr Ende.

Breslau. (E. 17. 5.) Unsere letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Lohnbewegung der Treibriemenarbeiter, 2. Tarifbewegung der Militärarbeiter, 3. Abrechnung vom ersten Quartal, 4. Wahl eines Beisizers, 5. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab uns unser Vorsitzender Kollege Rudolf einen genauen Bericht über die ganze Bewegung. Bei der Firma Boide mußte dieselbe leider mit einem nur teilweisen Erfolge abgebrochen werden, und so wurde nur eine Zulage von 1-2 Mk. erzielt. Besser abgeschnitten haben die Militärarbeiter der Firma Steinmetz; ihnen wurde der Berliner Tarif ohne weiteres zuerkannt und die 3 Proz. für Faden und Wachs auch auf die anderen Artikel bewilligt. Zu Punkt 3 gab Kollege Holz als Kassierer genauen Bericht über die Abrechnung vom 1. Quartal. An Einnahmen und Bestand vom 1. Quartal waren 1042,05 Mk., an Ausgaben waren 228,38 Mk., somit bleibt Bestand 813,67 Mk. Bestand der Mitglieder war 175, eingetreten 12, zugereist 5, mitihm 192; abgereist 15, ausgeschieden 2, insgesamt 17 Abgänge, bleibt also ein Bestand von 175. Hieraus bestätigte Kollege Wende als Revisor die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kollegen Holz Decharge erteilt wurde. Zu Punkt 3 stellte Kollege Ludwig den Antrag, daß es jedem Kollegen zur Pflicht gemacht werden sollte, die Vierteljahrsquarte zum Gewerkschaftshaus abzunehmen. Hierauf wurde Kollege Wiedemann einstimmig zum Beisitzer gewählt. Nun gab Kollege Walter als Obmann des Vergütungskomitees bekannt, daß am 29. Mai ein Herrenausflug nach Sobilort und am 9. Juli ein Sommernachsträngen im Kurgarten stattfindet. Hieran schloß sich eine längere Debatte wegen des faumseligen Abrechnens einzelner Kollegen mit den Eintrittskarten, worauf ein Antrag angenommen wurde, daß spätestens vier Wochen nach dem Vergütigen abgerechnet sein muß. Auch wurde zu der Aussperrung im Baugewerbe Stellung genommen, wozu auf Antrag des Kollegen Rater außer den zirkulierenden Sammellisten noch 25 Mk. aus dem Lokalfonds bewilligt wurden, Anwesenheit waren gegen 40 Kollegen.

Genossenschaftliches.

Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1909. Vor einiger Zeit ist der Geschäftsbericht der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine erschienen, der wiederum Zeugnis ablegt von der erfolgreichsten Entwicklung, die dieses Zentralinstitut der organisierten Konsumenten im Jahre 1909 genommen hat. Trotz der keineswegs in jeder Hinsicht befriedigenden Gestaltung des Wirtschaftslebens im Berichtsjahre stellt der Geschäftsbericht fest, daß die Gesellschaft mit Befriedigung auf das Jahr 1909 zurückblicken kann. Die Zahl der Gesellschafter vermehrte sich von 580 auf 633, die Zahl der laufenden Vereine von 1481 auf 1521. Im Warengeschäft betrug der Gesamtumsatz 74 915 813,39 Mark gegen 65 778 277,03 Mk. im Vorjahre, was einem Mehrumsatz von 9 137 536,36 Mk. entspricht. In den letzten 5 Jahren hat der Umsatz der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine folgende Entwicklung genommen:

1905	33 789 189,17 Mk.
1906	46 508 287,02 "
1907	59 866 220,04 "
1908	65 778 277,03 "
1909	74 915 813,39 "

Der Mehrumsatz der Warenabteilung betrug im Jahre 1909 852 681,92 Mk. gegen 544 785,66 Mk. im Jahre 1908. Der Mehrumsatz hat eine erhebliche

Steigerung erfahren, bei deren Beurteilung noch zu berücksichtigen ist, daß auch Abschreibungen in erheblicher Höhe vorgenommen wurden. Eine Anzahl wichtiger Konten steht in den Büchern der Gesellschaft nur noch mit 1 Mt. verzeichnet. Die Abteilungsleiter der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, deren Errichtung auf dem Genossenschaftstag in Eisenach im Jahre 1908 beschlossen wurde, hat nun ein Jahr ihrer Tätigkeit hinter sich. Sie hat sich in befriedigender Weise entwickelt. Ihre Umsätze betragen im Delbet 33 131 164,21 Mt., im Kredit 33 164 424,55 Mt. Der Heimüberschuß dieser Abteilung ist nur gering, er beläuft sich auf 16 796,47 Mark. Es muß jedoch beachtet werden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im Jahre 1909 nicht besonders günstig für die Geschäfte waren, die in der Hauptsache für die Verankerung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Frage kommen. Außerdem erforderte die Ausgabe von einer Million Teilschuldverschreibungen für die Seifenfabrik in Gröda an Unkosten für Stempel und Provision 16 000 Mt., die gleichfalls von der Bankabteilung zu tragen waren. Der Reinertrag der Bankabteilung soll übrigens nicht verteilt, sondern einem Bankreservefonds überwiesen werden. Die Seifenfabrik der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Gröda-Riesa, mit deren Erbauung im Berichtsjahre begonnen wurde, ist nun so weit fortgeschritten, daß im Mai dieses Jahres mit der Inbetriebsetzung gerechnet werden kann. Die Kaffeezisterie der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine vermehrte ihren Umsatz um 40 392 Kilogramm. Der Gesamtumsatz betrug 1 554 134 Kilogramm. 763 Vereine beziehen regelmäßig ihren Rohstoff aus der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine. Das Bestreben, möglichst viel Waren von anderen genossenschaftlichen Organisationen zu beziehen, hat im Jahre 1909 zur Folge gehabt, daß der Bezug von Waren dieser Art sich um rund eine Million Mark steigerte. Von anderen Genossenschaften wurden im Jahre 1909 Waren im Werte von 3 037 700 Mt. bezogen. Die Tabakarbeiter-Genossenschaft, die bisher in dieser Liste von Lieferanten aufgeführt wurde, fällt nunmehr jedoch hinweg, da seit 1. Januar 1910 die Tabakarbeiter-Genossenschaft eine Produktivabteilung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bildet. Die Bilanz des Instituts zeigt ein außerordentlich günstiges Bild. Die Summe der Rückstände hat sich etwas erhöht, die Summe der Verpflichtungen ist jedoch um ein ganz bedeutendes zurückgegangen. Die Vermögensbeiträge der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, soweit sie in Liegenschaften, Häusern und dergleichen bestehen, stehen sehr gut zu Buch, so daß die Liquidität der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine außer allem Zweifel ist. Vom Ueberschuße wird nur ein kleiner Teil — 140 845,90 Mt. — als Rückvergütung zur Verteilung gebracht werden. Der übrige, größere Teil des Ueberschusses soll Verwendung finden zur Stärkung der verschiedenen Fonds. Wenn die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine den Verteilungsvorschlag genehmigt, so werden die gesamten Reserven der Warenabteilung sich auf 1 908 910,34 Mt., gleich 96 Proz. des Stammkapitals von 2 000 000 Mt. belaufen. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 334 gegenüber 313 im Jahre 1908. Diese Zahl wird im laufenden Jahre wieder eine erhebliche Steigerung erfahren infolge der Inbetriebnahme der Seifenfabrik. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten sind günstig, sie sind geregelt entweder durch Anerkennung der Gewerkschaftstarife oder durch Abschluß von Sonderverträgen mit den in Frage kommenden Gewerkschaften. Ihren sozialen Pflichten sucht die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine auch in außerordentlichen Fällen gerecht zu werden, indem sie jedes Jahr 20 000 Mt. an einen Unterstützungsfonds überweist, aus dem in außerordentlichen Notfällen Unterstützungen gewährt werden können. Im Jahre 1909 wurde dieser Fonds in acht Fällen in Anspruch genommen, wobei 2004,10 Mt. Unterstützung gezahlt worden sind. Alles in allem darf man sagen, daß der Bericht der Großverkaufsgesellschaft ein recht günstiges Bild darbietet. Er enthält ein stetiges, nicht überhäuftes Wachstum und beweist die gesunde Basis, auf der dieser „Konsumverein der Konsumvereine“ aufgebaut ist.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Die Kommissionsverhandlungen über die Reichsversicherungsordnung beginnen am 27. Mai. Wir werden, soweit es uns möglich ist, über diese Verhandlungen laufend berichten.

Zu den Gesetzen, die im Reichstage durch die Vertagung nicht zum Abschluß kamen, gehört auch das Hausarbeitgesetz. Die Kommission hat noch kurz vor der Vertagung die zweite Lesung beendet und dabei einige nicht unwesentliche Änderungen an den Beschlüssen erster Lesung vorgenommen. „Interessant“ gestaltete sich da vor allem die

Debatte über den § 3, welcher die sichtbare Aushängung der an die Heimarbeiter gezahlten Löhne fordert. Die Regierung wollte, daß der Bundesrat diese Anordnung nur für einige Gewerbe treffen sollte. Die Kommission war in erster Lesung weitergegangen und hatte allgemein den Aushang der gezahlten Löhne verlangt. Von den Nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei wurden hiergegen alle möglichen Einwände erhoben; es sei nicht möglich, bei den vielen Artikeln in einigen Gewerbezweigen die Löhne anzugeben, die Löhne wechselten viel zu oft, die Anforderung werde zu einer Plage für die Unternehmer usw. Auf die Entgegnung, daß wohl in jedem ordnungsmäßigen geleiteten Betriebe auch die Löhne festgesetzt würden, kamen die Herren mit der sehr sonderbaren Begründung, die Löhne dürften nicht öffentlich bekanntgegeben werden, weil es vorkomme, daß so niedrige Löhne gezahlt würden, daß der Fabrikant sich schäme, solche Löhne zu zahlen! Der Druck der Konkurrenz zwingt ihn aber zu dieser geringen Entlohnung. Das sind doch fürchterliche Verleumdungen, diese „Konkurrenten“! Das Gerücht ist sehr wichtig; man hat, das ergab die Diskussion, überhaupt nur deshalb gegen die Bekanntgabe der Löhne in der Heimarbeit Bedenken, weil dadurch das Elend der Heimarbeiter unzweifelhaft festgestellt würde. Schließlich einigte man sich in der Kommission dahin, daß der Bundesrat für bestimmte Gewerbezweige Ausnahmen zulassen kann. Für die Anfertigung von Mäxtern soll die Bestimmung überhaupt keine Anwendung finden. Ferner sollen in den Betrieben, wo die Heimarbeiter die Rohmaterialien für ihre Fabrikate selbst liefern, sie deshalb nach Meinung der Kommission nicht Löhne, sondern „Preise“ für ihre Fabrikate erhalten, diese Preise von dem Unternehmer nur dann zum Aushang kommen, wenn der Bundesrat eine dahingehende Verordnung erläßt.

Da nun die Regierungsbekanntmachung erklärt, daß der Paragraph erst sehr spät in Kraft treten könne, weil man erst „Erhebungen“ anstellen müsse über etwaige Ausnahmen, die zugelassen werden müssen, dürfte diese Bestimmung erst sehr spät für die Heimarbeiter Bedeutung erlangen.

Mit Stimmengleichheit fiel der sozialdemokratische Antrag, Lohnkommissionen einzuführen, die berechtigt sein sollten, Minimallöhne für die einzelnen Erzeugnisse der Heimarbeit festzusetzen. Das gleiche Schicksal erfuhr der Antrag, den Reichslangler zu ermächtigen, auf Antrag eines Gewerbergerichts, Arbeitsvertrag oder einer Gewerkschaft abschließende Tarifverträge auf alle Heimarbeiter ausdehnen zu können. Also auch für die Heimarbeiter bleibt, wie man sieht, kein anderes Mittel übrig, ihre Lage zu verbessern als die Organisation.

Infolge der famosen Reichsfinanzreform der Junker und Pfaffen, also des Schnapsbrotts, soll die bayerische Bevölkerung gezwungen sein, circa 31 Millionen Mark jährlich mehr als jetzt für ihren Bierbedarf auszugeben. Wie das Zentrum dort, wo seine Macht noch unerschüttert ist, zu schwindeln in der Lage ist, zeigt am besten die Tatsache, daß an der Spitze der „bierrevolutionären“ Bayern die schlaunen Kapläne marschierten und die Mäuler am weitesten über — die Verteuerung der heiligsten Güter“ auftrifften. Jetzt sind sie von höherer Stelle zurückgepfiffen worden, wahrlich ein nur deshalb, weil dieses Faktum ein zu schlechtes Licht auf die „Intelligenz“ der Zentrumswähler werfen müßte.

Das preußische Herrenhaus hat sich dem langen Reichsphilosophen, dem Herrn von Bethmann Hollweg, gefällig erwiesen und in der noch-maligen Abstimmung mit 127 gegen 82 Stimmen die Wahlrechtsvorlage in der bereits bekannten Fassung unverändert angenommen. Am 27. Mai wird nunmehr das preußische Abgeordnetenhaus sich mit dieser Mißgeburt nochmals zu beschäftigen haben.

Das vorausichtige Schicksal der „Wahlreform“ ist vollkommen ungewiß und es erübrigt sich daher, über die aus der Annahme oder Ablehnung derselben entstehenden Eventualitäten jetzt schon auch nur ein Wort zu verlieren. Nur soviel kann man mit Sicherheit sagen, daß, wenn das Wahlgesetz in dieser Gestalt abgelehnt oder angenommen wird, der Kampf des Volkes gegen seine Unterdrücker nicht nachlassen, sondern verstärkt weitergeführt werden wird. Die Gerichte in Braunschweig, Halle, Kiel und noch vielen anderen Orten brauchen daher nicht zu befürchten, „arbeitslos“ zu werden. —

Ein auch für uns Arbeiter bedeutungsvolles Ereignis spielte sich im Laufe der vergangenen Woche in Strassburg i. E. ab. Der allgemeine Deutsche Lehrerverein tagte dort direkt unter den Augen des freilichlichen Strassburger Bischofs, der bekanntlich den katholischen Lehrern, aus Gründen der „Weltanschauung“ natürlich, verboten hatte, mit den übrigen Lehrern zusammen in einem und demselben Berufsvereine zu sein. In anerkenntniswerter Weise wurden auch von Seiten einiger tapferer katholischer Lehrer gegen diese päpstliche Anmaßung und Intoleranz die rechten Worte gesprochen. Selbstverständlich sind, namentlich auch vom politischen Standpunkte aus betrachtet, weite Kreise der

Lehrerschaft sehr rückständig. Sozialdemokraten gibt es, von der Gruppe der Bremer und Hamburger abgesehen, unter den Volksschullehrern nur wenige, die es natürlich auch nicht wagen dürfen, sich öffentlich als solche zu betätigen. Trotzdem bedeutet der Verlauf des Lehrertages gegen frühere Tagungen einen unbeeinträchtigen Fortschritt. Das Vorgehen eines unbeeinträchtigen Fortschritts gegen die dortigen freilichlich geminten Lehrer wurde allgemein und scharf beurteilt; daß sich die Breslauer Gruppe hierbei hinarbeitet, als sie versuchte, noch päpstlicher zu sein als der Papst, ist gewiß zu bedauern, ändert aber sonst nichts an dem guten Geste, der den Lehrertag beseele. Los von der Pfaffenherrschaft, los von der geistlichen Schulaufsicht, ein freies Land, eine freie Schule, das war trotz allem das Finale des Deutschen Lehrertages.

In Bayern ist nun auf der ganzen Linie der Kampf um die „heiligsten Güter der Nation“ entbrannt. Jeder Einflüßer wird geübt, daß das in Bayern nur das Bier, oder besser gesagt, der für das Bier zu zahlende Preis sein kann. Bier ist nun einmal unser Nationalgetränk, und an diesem Heiligum soll man nicht rütteln, so schreibt selbst ein bürgerliches Blatt zur Verteuerung dieses „Stoffes“! — Das Zentrum hat es auch hier wieder auf dem Gewissen, dem preußischen Fasel durch Verdrängung des Bieres die Wege gebahnt und die Taschen des Volkes geplündert zu haben.

Regierung, Birte und Brauer sind darin einig, daß das Volk bluten muß. Aber der huro bayvaricus ist erwacht! Die Presse, die Gewerkschafts-funktionäre und andere Organisationen fordern auf zur größtmöglichen Einschränkung des Biergenusses. „Lieber tot als teures Bier“ ist der Schlachtruf der Sturmfolonnen. Man bedenke auch einmal, was die „Vorsehung“ hier über die braven Bayern wieder für Plagen verhängt hat. Ein Bayer ohne Bier ist wie eine Suppe ohne Salz. Lang kanns net dauern. —

Wie bei allen „Opfern“ der Reichsfinanzreform, Zigarren, Maffee usw., die Händler und Fabrikanten neben der Erhebung der Steuern noch einen gewaltigen Extraprofit zu ergattern versuchen und tatsächlich auch ergatterten, so auch beim Bier in Bayern. Die tatsächliche Belastung des Liters Bier durch die Steuer beträgt nur 1,7 Pf., die geplante Verteuerung jedoch mindestens 4 Pf. pro Liter. Alle Lokale, die mehr als 2 Pf. Aufschlag pro Liter erheben, sind nach einem Beschluß der zuständigen Organisationen konfiszieren. Daß dieses Vorgehen bereits Erfolge zeitigte, zeigen folgende launigen Verse, die ein Restaurateur in Peissenberg im „Weitheimer Tagblatt“ an die Biertrinker richtete:

Ich bleib bei 24!

Weil jedund sich die Leute streiten,
Den Birten Sorg und Pein bereiten,
So denke ich in meinem Sinn,
Ob ich nicht doch der Ältere bin,
Wenn ich den Preis beim alten laß,
Was müht mich denn das Bier im Faß?
Heraus damit und in die Kehlen,
Die nicht gern 26 zählen,
Ich schenk um 24 aus
Und hoffe auf ein volles Haus.
Drum höre Kent und kommt in Hausen,
Ich sage nicht, ihr sollet j
Doch sparen könnt ihr nur bei mir,
Beim 24-Pfennigbier.
Da wird zulezt ein reicher Mann,
Der recht viel Mäxtern trinken kann,
Wein Bier ist gut und auch recht hart,
Fünfsigmal 2 Pfennig hat die Mart.“

Bekanntmachung des Zentralverbandes.

Das Mitgliedsbuch Nr. 7689 (F o h. D a n g), die Mitgliedskarte Nr. 12 343 (O t t o L o i c h i n g e r) und das Mitgliedsbuch Nr. 1822 (M e g W a i t h) sind angeblich verloren gegangen und werden für ungültig erklärt.

Aus dem Verbande wurden ausgeschlossen: Ferdinand Kolb, Mitgliedskarte 11 893, Frankfurt a. M.; — Viktor Herrmann, Mitgliedsbuch 7449, Frankfurt a. M.; wegen Streifbruch bei der Firma Maury-Offenbach, Robert Materne, Mitgliedsbuch 5399, Briesg; — Fritz Jung, Mitgliedsbuch 2640, Briesg; wegen Streifbruch bei der Firma Schneider.

Otto Lucas, Mitgliedskarte 13 295, Hamburg, wegen Streifbruch bei der Firma Wassermann-Berlin.

Für die Arbeitslosenstatistik ist zu beachten, daß am Sonnabend, den 28. Mai festgestellt werden muß, wie groß die Zahl der Arbeitslosen am Orte und die der Zugereisten ist.

Der Vorstand.

Briefkasten der Expedition.

Alle diejenigen Kollegen, die die Zeitung von uns durch die Post überwieken erhalten, also nicht unter Kreuzband beziehen, bitten wir dringend, etwaige zum 1. Juli stattfindende Adressänderungen schon jetzt, und zwar spätestens bis zum 8. Juni bei uns anzumelden.

Bücherchau.

„Im eigenen Heim“ mit den Beilagen „Landleben“ und „Gartenstadt“. Jährlich 12 Hefte 4 Mk. (Porto 60 Pf.) für Jahresabonnenten mit dem Buche von Amtsbaumeister Spindler: „Eigener Herd ist Goldes wert“. 96 Seiten mit 150 Abbildungen (Preis sonst 1,70 Mk.) als Gratisprämie. (Westdeutsche Verlagsbuchhandlung Wiesbaden.)

Wie hüten wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. Hefflich. Unter diesem Titel erschien soeben Heft 23 der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Arbeit nimmt besondere Rücksicht auf Arbeiterverhältnisse und wird sicherlich willkommen sein und vielen Nutzen stiften.

Die Verlagsbuchhandlung J. S. W. Dieb Nachfolger in Stuttgart hat sich entschlossen, von August Bebel: „Aus meinem Leben, eine Lebensgeschichte“ erscheinen zu lassen. Die Lieferungsansgabe wird in 14 Hefen a 10 Pf. bestehen. Die Expedition des ersten Heftes beginnt am 24. Mai. Von da ab wird alle acht Tage ein Heft erscheinen. Die Hefte sind durch sämtliche Parteifilialen und Kolporteurs zu beziehen.

In Verlage von J. S. W. Dieb Nachfolger, Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, ist soeben erschienen: Die Grundprobleme des Marxismus, von G. Klebanow. Autorisierte Uebersetzung von Dr. M. Kaufmann. (Siebenes Bändchen der kleinen Bibliothek.) Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk., Vereinspreis 50 Pf.

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende von Franz Mehring. Preis 1,25 Mk. Die soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienene Schrift ist aus den Vorträgen über deutsche Geschichte entnommen, die der Verfasser seit vier Jahren an der sozialdemokratischen Parteischule gehalten hat. Der vorliegende erste Teil schließt mit der Schilderung der Folgen, welche die französische Revolution in Deutschland zeitigte. Der zweite Teil erscheint im Herbst dieses Jahres.

In Freien Stunden. Heft 17 und 18 sind erschienen. Der Inhalt ist folgender: Die Abendburg, von Dr. Bruno Wille (Fortsetzung). — Romana, Erzählung von Theodor Mügge. — Das verteilte Kaiserthum. — Die Wunderlampe. — Dies und jenes. — Witz und Scherz. Preis pro Nummer 10 Pf. Probenummern gratis vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Heft 19 und 20 sind erschienen. Abonnementspreis pro Quartal 3 Mk., Einzelnummer 30 Pf. Probenummern umsonst vom Verlag.

Biblische Geschichten. Das letzte Heft (10) dieser Broschürenserie ist nunmehr auch erschienen und hat folgenden Inhalt: Jesus in Galiläa. — Sprüche Jesus. — Jesus in Jerusalem. — Einzelheiten und Beleg. — Preis pro Heft 1 Mk., Volksausgabe 40 Pf. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 11 hat u. a. folgenden Inhalt: Deutschlands Schutz und Wehr. Von Julian Vorwardt. — Die Entstehung des Kapitalismus. II. Der Ursprung des Kapitals. Von Gustav Schein. — Aus der Geschichte der Sozialdemokratie. Von Wilhelm Schröder. — Wie entfiel unsere Erde? (Muster.) Von W. S. Paque. — Nebst einer reichhaltigen Beilage.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1,20 Mk. Auf besserem Papier 2 Mk. Die Verhandlungen des Parteitages sind für jeden Kolporteur von größtem Interesse, besonders die Verhandlungsgegenstände: Die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Verwaltung Preußens. — Das Kommunalprogramm in Preußen.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863 bis 1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen a 30 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Birk u. Co. m. b. H., München. Soeben ist die 9. und 10. Lieferung des Handbuchs erschienen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 18. Mai verstarb der Kollege Georg Mauth, 28 Jahre alt, an Asthma. Ehre seinem Andenken!

Verfallungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfallungsangelegenheiten, die bis zum Redaktionschluss bei uns einlaufen.)

Berlin. Branchenversammlungen. Geschirrabzweig, Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Moabitstr. 3. Portefeuller- und Reiseartikelabzweig, Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Braunmann, Raunwitzstr. 27. Miltärabzweig, Mittwoch, den 1. Juni, abends 6 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c. Linoleumleger und Teppichnäher, Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Weichmann, Grünstr. 21. Wagenabzweig, Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstr. 15. Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer, Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Walter, Adalbertstr. 62. Sektion Charlottenburg, Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Volksklub“, Kottbuserstr. 3.

Prestau. Sonnabend, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr. Wichtige Mitgliederversammlung im „Grünen Berg“.

Essen a. Ruhr. Sonnabend, den 4. Juni, abends 9 Uhr, Grabenstr. 23. Gera (Neuß). Sonnabend, den 4. Juni. Mitgliederversammlung. Hamburg-Altona. Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Mitglieder-Versammlung. Köln. Sonnabend, den 4. Juni, abends 9 Uhr. Mitgliederversammlung im Volkshaus. Mannheim. Samstag, den 4. Juni. Mitgliederversammlung. München. Samstag, den 4. Juni, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im „Pompgarten“, Kagerstr. 14. Nürnberg. Sektionsversammlung der Portefeuller am Montag, den 30. Mai. Offenbach a. M. Montag, den 30. Mai, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Auitr. 9. Offenbach a. M., Branchenversammlungen. Offenbacher Branche, am Mittwoch, den 1. Juni, „Zur Starckenburg“. Freijobrbranche, Mittwoch, den 1. Juni, im „Lindenfels“. Weiche und Rahmenarbeiter, Dienstag, den 7. Juni, im „Lindenfels“. Zuschneider, Montag, den 6. Juni, „Zum Storch“. Damentaschenbranche, Montag, den 6. Juni, „Zum Storch“. Eingeföhrte Reiseartikelbranche, Montag, den 6. Juni, „Zur Starckenburg“. Einrichtungen und Kassenbranche, Montag, den 6. Juni, im „Lindenfels“. Anschlägerbranche, Montag, den 6. Juni, „Zum Lobeschänkele“. Alle Versammlungen finden abends 8 Uhr direkt nach Geschäftsschluss statt.

Anzeigen

Ortsverwaltung Berlin Sonntag, den 26. Juni 1910

Großes Sommerfest

im Garten der Brauerei „Friedrichshain“ am Königstor.

Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester (Dirig. Maximilian Fischer). „Berliner Männerchor“ (Dirig. Franz Bothe). Männergesangsverein „Vorwärts“ aus Stettin. Gemischter Chor „Vorwärts“ aus Stettin. Berliner Alt-Trio.

Im hinteren Teil des Gartens für Kinder Kaspartheater. Bei eintretender Dunkelheit „Gr. Fackelzug“, wozu jedes Kind an der Kontrolle einen von gratis erhält. Von 5 Uhr ab im großen Saale Tanz, gegen 50 Pf. Nachzahlung.

Die Staffeltische ist von 3-6 Uhr geöffnet. Eröffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Eintrittskarten im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Dieselben sind im Bureau, sowie bei den Vertrauensleuten zu haben. Regie-Veileiligung erwartet Das Komitee.

Wegen bedeutender Betriebsvergrößerung können wir noch

tüchtige Kofferarbeiter, sowie Täschner (besonders auf Stegatischen) dauernd einstellen. Arbeit im Allford nach Stuttgarter Tarif.

Sachler & Wölfer, Magdeburg.

4 tüchtige Sattler auf Holzloffer, mit Leder- und Blechbeschlag zu guten Affordlagen per sofort gesucht. S. Kahlow & Co., Bremen, Neustadtwall 15.

Weitere perfekte Militär-Sattler für längere Zeit zu festgesetzten Tarifpreisen gesucht. Maury & Co., Offenbach a. M.

Unterzeichnete Schärfaufhaltsbesitzer Berlins

empfehlen den verehrten Verbandskollegen, Portefeullern und Reiseartikelhändlern ihre Schärfaufhalten mit der gleichzeitigen Mitteilung, daß ab 1. Februar dieses Jahres bei den Unterzeichneten die gleichen Preise bei bester und promptester Bedienung zur Anrechnung gelangen. Unterzeichnete haben sich auch verpflichtet nur gelernte Sattler und Portefeuller zur Bedienung an der Schärfaufhaltmaschine unter dem Verband der Sattler und Portefeuller gestellten Bedingungen einzustellen.

Indem wir hoffen, daß uns die Kollegenschaft mit ihren Aufträgen berückichtigen wird, zeichnen hochachtungsvoll

Die vereinigten Schärfaufhaltbesitzer Berlins Wilhelm Heß, SO., Reichenbergerstr. 4. August Feiß, S., Luisenufer 86. Wilhelm Kolarzky, SO., Reichenbergerstr. 159. Erich Mehl, S., Luisenufer 84. Gebr. Nahl, SO., Köpenickerstr. 155/156. Richard Seemann, S., Dresdenerstr. 80.

Advertisement for 100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.— featuring an image of a cigar and descriptive text about quality and price.